

Kommunalwahlprogramm 2025: ergänzende Fachkapitel

Inhaltsverzeichnis

Kommunalwahlprogramm 2025: ergänzende Fachkapitel	1
1. Solidarität vor Ort – für soziale Gerechtigkeit.....	5
Jobcenter und Sozialamt	5
Energiearmut abschaffen.....	6
Teilhabe, Selbstverwirkung, Selbstorganisation	6
Altersgerechte Stadt	7
2. Gemeinsam für ein interkulturelles Köln	8
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	8
Unterstützung von (Vor-)Schüler*innen und Eltern	8
Menschenrechte: Köln als Stadt Sicherer Hafen	8
Teilhabe	9
3. Stadtentwicklung und Bauen	10
Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik	10
Mit Fläche sparsam umgehen	11
Neue Wohngebiete	11
Gebäude und Quartiere werden klimaneutral	12
15 Minuten Stadt & Superblocks	12
Abrissmoratorium.....	12
Höhenentwicklungskonzept	13
4. Alle wollen Wohnen!	14
Kommunales Wohnungsbauunternehmen.....	14
Mieten begrenzen!	14
Die Miete braucht einen Deckel!	15
Mieter*innen schützen. Verdrängung verhindern.....	15
Wohnraum erhalten! Zweckentfremdungen beenden!	16
Den vorhandenen Boden in Privateigentum sozial gerecht nutzen.	16
Klima und Menschen schützen! Energetische Sanierung ohne Verdrängung!	16
Alternatives Wohnen ermöglichen	17

Wir stellen die Interessen der Mieter*innen in den Vordergrund.....	17
Demokratische Selbstverwaltung von Wohnraum	17
5. Mehr tun gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit	19
6. Mobilität – eine soziale Frage	20
KVB instand setzen!	21
Stadtbahnnetz um 100 km ausbauen!.....	21
Tunnel-Stopp in Köln!.....	22
Fußverkehr	22
Radverkehr.....	23
7. Umwelt, Energiewende und Grün	25
Für ein klimaneutrales Köln.....	25
Sozial gerechte Wärme- und Energiewende für Köln.....	26
Energiewende demokratisch gestalten	27
Gemeinsam für die sozial-ökologische Transformation.....	27
Die Metropole Köln im Klimawandel: Für eine konsequente Abmilderung der Folgen der fortschreitenden Erderwärmung	27
Biodiversität und Artenschutz in Köln	29
Ernährung und Landwirtschaft	30
Müllflut stoppen, Kreislaufwirtschaft stärken	30
Verbesserung der Luftqualität und des Lärmschutzes	31
8. Gesunde Veedel für alle	33
Alle drei Standorte der Städtischen Kliniken erhalten	33
Gesundheit für arme Menschen	33
Gesundheit für Kinder und Jugendliche.....	34
Gesundheit und Pflege für alte Menschen.....	34
Gesundheit für psychisch kranke Menschen	34
Gesundheit für Drogengebraucher*innen	35
9. Arbeit und Wirtschaft.....	36
10. Kinder- und Jugendpolitik	39
Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken	39
Jugendhilfe	39
Kinder- und Jugendarmut bekämpfen.....	39
Streetwork stärken.....	40

Sozialarbeit für Familien	40
Kinder- und Jugendliche in Zeiten einer Pandemie unterstützen.....	40
Sozialarbeit für Familien	40
11. Bildung für alle, solidarisch, gebührenfrei	41
Sozialindex: Kitas und Schulen in ärmeren Stadtteilen bevorzugen	42
Die Inklusion: ein Menschenrecht und Teil solidarischen Lernens	42
Übergang Schule – Beruf: Städtische Angebote verbessern.....	43
Weiterbildung: Volkshochschule und Rheinische Musikschule.....	44
12. Kunst und Kultur	45
Kulturangebote sozial gerecht und inklusiv gestalten	45
Kulturelle Vielfalt in Kulturstätten	45
Ein Herz für die Freie Kulturszene	46
Machtgefälle abbauen, Machtmissbrauch strukturell vorbeugen	46
Gute Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende	46
Kulturbauten	47
Provenienz und verantwortlicher Umgang mit kulturellem Erbe	47
13. Sport für Alle – Mit starken Vereinen!	48
14. Demokratie, Bürgerrechte und Vielfalt	50
14.1 Transparenz und Beteiligung	50
14.2 Recht auf eine digitale Stadt	51
eGovernment und Open Data.....	51
Digitale Infrastruktur.....	51
Datenschutz und Datensicherheit.....	52
Open Source	52
Digitalisierung und Bildung	52
Smart City.....	52
14.3 Geschlechtergerechtigkeit	53
Frauenprojekte	53
Frauenhäuser und Gewaltschutz	54
Gleichberechtigte Teilhabe	54
Prostitution.....	54
Sexuelle Selbstbestimmung	55
14.4 Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Stadtgesellschaft.....	55

Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen	56
Von Anfang an mitbedenken	56
Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum	56
Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen	56
Eine Schule für Alle	56
Politische Teilhabe: „Nicht über uns, ohne uns!!“.....	57
14.5 Gleiche Rechte für LGBTQIA* in Köln. Vielfalt, Solidarität und soziale Sicherheit!	57
14.6 Friedenspolitik konkret: Köln Stadt der Menschenrechte!	58
Menschenrechte sind universal	58
Städtepartnerschaften	59
Solidarische Städte	60
Nachhaltige Entwicklung	61
15. Städtische Finanzen: Statt Kürzungen – Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen!.....	62
Die Antwort der Kölner Ratspolitik: Kürzungen	62
Die Antwort der Linken: Einnahmen steigern!.....	63

1. Solidarität vor Ort – für soziale Gerechtigkeit

Sozialpolitik heißt, nicht nur den Menschen akut zu helfen, sondern langfristig und dauerhaft in soziale Infrastruktur zu investieren. Das verbessert die Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit der Menschen mit geringen Einkommen.

Ein aktuelles Beispiel:

Im Jahr der letzten Kommunalwahl 2020 erhielten die Kölner*innen insgesamt 25,6 Millionen Euro Wohngeld. Im Jahr 2023 waren es dann 68,2 Mio. Euro, fast dreimal so viel. Rund 12.500 Haushalte erhielten durchschnittlich 330 Euro im Monat. Grund dafür sind die hohen Mietsteigerungen der letzten Jahre. Aber dieses Geld fließt an den Vermieter und verbleibt nicht bei den Betroffenen.

Wenn die Stadt stattdessen in den Wohnungsbau investieren würde, um günstigen Wohnraum zu schaffen, würden die Mieten sinken. Auch dadurch bliebe den Menschen mehr Geld im Geldbeutel. Der Gang zum Amt bliebe ihnen aber erspart.

Wir werden die notwendige politische Arbeit gegen Sozialabbau und Armutsdiskriminierung gemeinsam mit Betroffenen und kritischen Expert*innen selbstbewusst fortsetzen und an einer Kernforderung festhalten: Ein gutes Leben für alle.

Für den Kampf gegen Armut sind drei Grundsätze unabdingbar:

- die Selbstorganisation der Betroffenen zu fördern und zu unterstützen
- gegen Sanktionen und Repressionen zu kämpfen
- konkrete Leistungen für Menschen mit wenig Einkommen auszubauen

Die sozialen Sicherungssysteme müssen besser ausgestattet werden, damit alle Bewohner*innen am sozialen, kulturellen und öffentlichen Leben teilhaben können - egal, was sie verdienen. Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Bildung und Kultur müssen für alle gesichert sein - das ist eine öffentliche Aufgabe, die die Stadt Köln nicht dem Markt überlassen darf. Investitionen in die städtische Infrastruktur und in die sozial-ökologische Transformation sind wirksame Sozialpolitik.

Wir wollen in den nächsten Jahren gemeinsam mit den zahlreichen Trägern und Initiativen für den Erhalt sozialer Strukturen in den Veedeln und der gesamten Stadtgesellschaft eintreten und die Sparzwänge abwehren, die zu einem sozialen Kahlschlag führen.

Jobcenter und Sozialamt

Alleine kann die Stadt Armut in Köln nicht abschaffen. Ein Grund für Armut in Köln ist unter anderen die hohe Zahl an prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dazu braucht es wirksame Politik auf Landes- und Bundesebene, die Armut gar nicht erst entstehen lässt.

Wir werden uns bei Verwaltung, Jobcenter und Sozialbehörden weiterhin für konkrete Verbesserungen vor Ort einsetzen. Das Risiko, arm zu werden oder zu bleiben, ist höher denn je. Deshalb lehnen wir Kürzungen im Sozialbereich kategorisch ab.

- Die Linke fordert von allen städtischen Ämtern und dem Jobcenter einen respektvollen Umgang mit allen Menschen, die auf Hilfe und Solidarität angewiesen sind.
- Keine Sanktionen
- Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten (Kosten der Unterkunft), auch wenn sie höher als der Regelsatz sind
- Keine Zwangsumzüge und Zwangsräumungen
- Ein-Euro-Jobs abschaffen
- Anlaufstellen für sozial Benachteiligte, die Rechts- und Sozialberatungen anbieten, müssen strukturell gestärkt, finanziell abgesichert und ausgebaut werden.

Energiearmut abschaffen

Eine warme Wohnung und eine Mindestmenge an Strom für warmes Wasser, Licht und Kochen gehören zu den Gütern, zu denen alle Menschen jederzeit Zugang haben sollten. Doch immer wieder haben Menschen mit niedrigem Einkommen, alte Menschen mit kleinen Renten und Bezieher*innen von staatlichen Leistungen Schwierigkeiten, ihre Energierechnungen zu bezahlen.

Keine Vollsperrung von Strom, Gas und Wasser Verbraucher*innen. Jeder Mensch muss immer Zugang zu einer Grundmenge Energie und Wasser haben, auch wenn er Energieschulden hat.

Teilhabe, Selbstverwirkung, Selbstorganisation

Wir wollen eine Politik entwickeln, die es den Menschen ermöglicht, sich selbst zu engagieren, sich selbst und andere zu unterstützen, zusammen mit den sozialen Angeboten der Kommunen und der sozialen Träger. Selbstwirksamkeit muss gestärkt werden. Dazu gehört z.B. der Köln-Pass, ein seit Jahren erfolgreiches Projekt, wie Menschen ihre Teilhabe selbst organisieren können.

- Der Köln-Pass soll ausgebaut und der Nutzerkreis erweitert werden.
- Die Bürgerhäuser bieten viele soziale Angebote von unten.
- Sie brauchen Planungssicherheit für ihre umfangreichen sozialen, pädagogischen und kulturellen Angebote. Die Linke fordert eine langfristige Investitionsstrategie zur Renovierung und dem Ausbau der Räumlichkeiten.

In Köln gibt es eine lange Tradition von Selbsthilfe-, Wohn- und Kulturprojekten. Sie haben wichtige Freiräume erkämpft, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Menschen. Hier leben Menschen fern der kapitalistischen Verwertungslogik nach ihren Vorstellungen zusammen. Manche der Projekte umfassen zusätzlich selbstverwaltete Arbeitsplätze, manche dienen hauptsächlich der kulturellen und politischen Teilhabe.

- Die Stadt darf keine Immobilien verkaufen, in denen solche Projekte untergebracht sind. Stattdessen sind langfristige Verträge im Erbbaurecht zu vereinbaren.
- Bei Beteiligung Dritter muss sie eine vermittelnde Rolle einnehmen und Knowhow zur Verfügung stellen.

Die Räumung und Zerschlagung selbstverwalteter Projekte lehnt Die Linke ab!

Altersgerechte Stadt

Die steigende Lebenserwartung der Kölner*innen birgt viele Chancen auf ein gutes Leben. Doch noch ist es vom Geldbeutel abhängig, wie Menschen ihr letztes Lebensdrittel verbringen. Die Linke möchte ein gutes Leben im Alter für alle.

- Auskömmliche Finanzierung der Offenen Seniorenarbeit
- Interkulturelle Öffnung der Offenen Seniorenarbeit
- Günstigere KVB-Fahrkarte für Senior*innen mit kostenloser Mitnahme von Kindern

Bis zum Jahr 2040 fehlen in Köln 4.700 stationäre Altenpflegeplätze, um nur die heutige Versorgungsdichte in NRW zu erreichen. Der neue Kölner Stadtrat muss die Vorschläge der Liga der Wohlfahrtsverbände und der Sozialbetriebe Köln (SBK), wie sie im Konzept „Zukunft der Pflege“ entwickelt wurden, umsetzen. Dazu gehören u. a.:

- Städtische Grundstücksvergabe für größere Bauvorhaben
- Ausbau der kommunalen ambulanten Pflege

2. Gemeinsam für ein interkulturelles Köln

Köln ist seit je her von Migration geprägt. Eine Stadt zu gestalten, in der sich alle willkommen und zugehörig fühlen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für Die Linke. Doch so unterschiedlich die zugewanderten Kölner*innen aus 190 Herkunftsländern sind, so unterschiedlich sind auch ihre Bedürfnisse. Dabei wollen wir die Interessen der alleinerziehenden türkischstämmigen Mutter und Studentin ebenso vertreten wie die des alleinstehenden Geflüchteten aus Eritrea, der gutsituierten iranischen Arztfamilie oder des ausgebeuteten bulgarischen Arbeitsmigranten.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Im Amt für Ausländerangelegenheiten geht es um existenzielle Fragen. Es muss personell so ausgestattet sein, dass die Mitarbeiter ohne Zeitdruck und Stress den Kund*innen freundlich und zugewandt, respektvoll und auf Augenhöhe begegnen können.

- Mehr Personal für das Amt für Ausländerangelegenheiten
- Die Verwaltung muss offensiver als bisher um Auszubildende und Personal mit Migrationshintergrund werben.
- Für Migrant*innen, die nicht gut Deutsch sprechen oder verstehen, müssen ausreichend (Video-)Dolmetscher oder Sprachmittler zur Verfügung stehen.

Unterstützung von (Vor-)Schüler*innen und Eltern

Die natürliche Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund muss als bedeutende Ressource dieser Kinder betrachtet und behandelt werden.

- Bilingualer Unterricht wird unterstützt und ausgebaut.
- Hausaufgabengruppen für benachteiligte Schüler müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden, ebenso Rucksack- und Stadtteilelternprojekte.
- Projekte zur Unterstützung von Schüler*innengruppen mit besonderen Zugangsschwernissen wie Amaro Kher zur Integration von Romakindern in das Regelschulsystem müssen auskömmlich finanziert werden.

Menschenrechte: Köln als Stadt Sicherer Hafen

Anfang der 2000er Jahre hat die Kölner Stadtgesellschaft die reaktionäre und diskriminierende Unterbringung von Flüchtlingen angeprangert. Der Stadtrat schwenkte daraufhin um und nutzte in den Folgejahren den kommunalen Handlungsspielraum, um Geflüchtete besser unterzubringen und in die Stadtgesellschaft zu integrieren. 73 Prozent der geflüchteten Männer von 2015 gehen einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach.

- Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten erhalten bzw. zu ihnen zurückkehren

- Weiterfinanzierung der Beratungsstellen für Geflüchtete und Menschen ohne Bleiberecht und der Ombudsstelle
- Weiterführung des Bleiberechtsprogramms
- Erhalt des anonymen Krankenscheins
- keine Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte
- Fortführung des Auszugsmanagements
- Köln soll sich dafür einsetzen, Abschiebungen zu verhindern und nicht durchzuführen.

Teilhabe

Wer hier lebt, sollte auch hier mitentscheiden dürfen - unabhängig von seiner Nationalität.

- Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer
- Integrationsrat soll zwingend angehört werden in allen Angelegenheiten, die Migration betreffen.
- Interkulturelle Zentren stärken

3. Stadtentwicklung und Bauen

Die Linke. Köln verfolgt eine Stadtentwicklungspolitik, die zugleich demokratisch, sozial und ökologisch ist.

Wir treten für eine Stadt ein, in der nicht die Wenigen das Sagen haben, sondern wir Vielen über unsere Belange selbst entscheiden. In dieser Stadt sind die öffentlichen Räume auch für Menschen mit wenig Geld da. Daher erteilen wir der Privatisierung und der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes eine klare Absage. Und diese Stadt ist eine inklusive Stadt, also eine Stadt in der wirklich alle Menschen teilhaben können. Die Stadt ist ökologisch und nachhaltig gestaltet. Sie ist eine Stadt der kurzen Wege und hat sich dem Klimawandel angepasst.

Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik

Stadtentwicklung ist eine öffentliche Aufgabe. Sie darf nicht privaten Investoren und Projektentwicklern überlassen werden. Zwar kann die Stadt durch die Bauleitplanung wichtige Vorgaben machen, aber nur wenn der Boden in öffentlichem Eigentum ist, können Politik und Stadtgesellschaft die Stadtentwicklung tatsächlich gestalten.

Deswegen fordern wir:

- Boden, der sich im Eigentum der Stadt Köln oder der Stadt gehörender Unternehmen befindet, wird grundsätzlich nicht mehr verkauft. Er soll für lange Zeit verpachtet werden (Erbpacht).
- Bei der Vergabe kommunaler Wohnungsbaugrundstücke wird vertraglich festgesetzt, dass dauerhaft bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Die Grundstücke werden vorrangig an Wohnungsunternehmen vergeben, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen beträgt mindestens 70 Prozent.
- Das Kooperative Baulandmodell wird konsequent angewandt. Die Verpflichtungen der Bauherren und Investoren werden geändert: Zukünftig sind nicht nur 30 Prozent der Wohnungen öffentlich geförderten zu errichten, sondern 70 Prozent. Die entstehenden Mehrbedarfe für öffentliche Spielplätze und Grünanlagen sind ausreichend zu berücksichtigen. Die Zahlung von Ablösesummen für Kindertagesstätten und Grünflächen ist auf wenige Ausnahmen zu beschränken. Mindestens 5% der Wohnfläche ist für gemeinschaftliche Wohnformen und Wohnungen/Wohngruppen für Menschen mit psychischer und/oder geistiger Behinderung anzubieten.

Um eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik erfolgreich umsetzen zu können, müssen auch Bundesgesetze geändert werden.

Deswegen fordern wir:

- Leistungslose Bodenwertzuwächse sind über eine Bodenwertzuwachssteuer abzuschöpfen.
- Das kommunale Vorkaufsrecht ist zu verbessern. Wichtig ist eine strengere Preisbegrenzung und eine Verlängerung der Ausübungspflicht.
- Die Kommunen müssen die Möglichkeit haben, auch für Flächen im unbeplanten Innenbereich öffentlich geförderte Wohnungen festzulegen.

Im Einzelfall ist die Enteignung ein angemessenes und sinnvolles Mittel, etwa wenn ein Grundstück nicht bebaut wird, weil mit der Wertsteigerung mehr verdient wird, als mit einer Bebauung.

Mit Fläche sparsam umgehen

Köln muss mit der knappen Ressource „Fläche“ sparsam umgehen. Da der Bedarf an Flächen für Wohnen und Arbeit steigt, muss dichter gebaut werden.

Dazu kann der „Köln-Katalog“ beitragen, der 2023 vom Rat beschlossen worden ist. Er zeigt, wie kompakte und somit flächensparende Quartiere zukünftig aussehen können. Er ist konsequent anzuwenden. Eine Folge: In Köln werden keine weiteren Einfamilienhausgebiete ausgewiesen. In den nächsten Jahren werden viele vorhandene Einfamilienhäuser auf den Markt kommen. Sie können umgebaut und energetisch ertüchtigt werden.

Durch behutsame Nachverdichtung, das Schließen von Baulücken und die Aufstockung von Gebäuden können neue Wohnungen und Gewerberäume geschaffen werden, ohne im Außenbereich weitere Flächen zu versiegeln.

Neue Wohngebiete

Aber der Bedarf ist größer. Deswegen unterstützen wir die Entwicklung neuer Wohngebiete. Die größten Entwicklungsmaßnahmen sind aktuell:

- Parkstadt Süd (südlich des Bahndamms in den Stadtteilen Raderberg und Bayenthal)
- Deutzer Hafen
- Max-Becker-Areal (Ehrenfeld)
- Kreuzfeld (nord-westlich des Stadtteils Blumenberg)
- Rondorf Nord-West

In diesen und zukünftigen neuen Wohngebiete müssen Wohnungen für breite Kreise der Bevölkerung entsteht. Daher sollte der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen mindestens 70 Prozent betragen und die Wohnungen sollten vorrangig von gemeinwohlorientierten Unternehmen errichtet werden.

In Rondorf Nord-West wird von einem privaten Projektentwickler ein Stadtteil gebaut, dessen Dichte – selbst nach Einschätzung der Stadtverwaltung – viel zu gering ist und der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen zu niedrig. Im Rat haben wir keine Mehrheit für eine Korrektur dieser Planung gefunden. Und ob die Stadtbahn bis dorthin verlängert ist, bevor die ersten Wohnungen bezogen sind, ist sehr fraglich.

Gebäude und Quartiere werden klimaneutral

Köln soll bis 2035 Klimaneutral werden. Dies wurde vom Rat 2021 beschlossen. Für die Stadtentwicklung heißt diese: Das Wachstum muss klimaneutral sein, was ein Umsteuern in vielfacher Hinsicht erfordert.

Sowohl Neubau als auch Umbau und Modernisierung müssen die Herausforderungen des Klimawandels beachten:

- Der Einsatz von Photovoltaik, Geo- und Solarthermie sind wichtige Bausteine der Wärme- und Kälteversorgung.
- Wärmedämmung und Niedertemperaturheizungen helfen, CO₂-Emissionen zu vermindern.
- Zum Einsatz kommen vorrangig Baustoffe aus nachwachsenden oder recycelten Rohstoffen.
- Dach- und Fassadenbegrünung sind Standard.

Um der weiteren Aufheizung der bebauten Stadt entgegenzuwirken, darf in Kaltluftschneisen und in Kaltluftentstehungsgebieten nicht gebaut werden.

15 Minuten Stadt & Superblocks

Das Konzept der „15-Minuten-Stadt“ beschreibt eine Stadt, in der für alle Wege des Alltags nicht mehr als 15 Minuten benötigt werden. Die Strecken können also zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Dies streben wir für Köln an.

Nach dem Vorbild der Stadt Barcelona sollen auch in Köln „Superblocks“ eingerichtet werden. In solchen Quartieren wird der öffentliche Raum durch Begrünung und Sitzgelegenheiten neu belebt, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen haben Vorrang, der Autoverkehr ist nur Gast.

Abrissmoratorium

Bau- und Abbruchabfälle machen 55 Prozent des gesamten deutschen Abfalls aus. Der Gebäudesektor verfehlt nach wie vor sein Emissionsminderungsziel. In dieser Situation fordern verschiedene Verbände ein „Abrissmoratorium“ (Erstunterzeichner sind u.a. Architects for Future, Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA, Deutsche Umwelthilfe):

Statt Abriss und Neubau stehen wir für Erhalt, Sanierung, Umbau und Weiterbauen im Bestand. Jeder Abriss bedarf einer Genehmigung unter der Maßgabe des Gemeinwohls, also der Prüfung der sozialen und ökologischen Umweltwirkungen.

Wir unterstützen dies und drängen seit längerem darauf, dass dies auch in Köln umgesetzt wird.

Höhenentwicklungskonzept

Die Stadtverwaltung hat ein Höhenentwicklungskonzept (HEK) erarbeitet. Es gilt für den links- und rechtsrheinischen Bereich innerhalb des Äußeren Grüngürtels, die sog. Innere Stadt. In diesem Konzept werden mögliche Standorte für Hochhäuser und Qualitätskriterien für die Höhenentwicklung künftiger Bauvorhaben festgelegt. Jedes Hochhaus muss einen Mehrwert für die Stadt und deren Bewohner*innen bringen. Diese Grundzüge des Konzept sind sinnvoll und werden von uns mitgetragen.

Unsere Kritik: Hochhäuser mit einer Höhe von 60 Metern und mehr haben aber einen unverantwortlich großen „ökologischen Fußabdruck“. Entgegen der landläufigen Meinung schaffen sie auch keine wesentlich dichtere Bebauung als eine sechs- bis acht-geschossige Blockrandbebauung. Wir sehen den Bau solcher Hochhäuser auch kritisch, weil er unverhältnismäßig teuer ist. In Hochhäusern lassen sich keine preiswerten Mietwohnungen schaffen. Daher lehnen wir ihren Bau ab. So auch die aktuellen Vorhaben der DEVK am Rheinufer in Riehl oder von Flossbach von Storch an der Deutz-Mülheimer-Straße in Deutz.

In Zeiten des Klimawandels verwundert die unkritische Haltung der Verwaltung und großer Teile der Kommunalpolitik gegenüber neuen Hochhäusern.

4. Alle wollen Wohnen!

In Köln herrscht Wohnungsmangel. Es gibt zu wenig Wohnungen und wenn es eine gibt, ist sie für viele nicht zu finanzieren. Wie soll man 14 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter zahlen, wenn man nur 12 Euro die Stunde verdient?

Menschen, die sich nicht aus eigener Kraft mit Wohnraum versorgen können, brauchen den Schutz und die Unterstützung der Gemeinschaft. Die Linke fordert von der Stadt Köln, dass ausreichend Wohnungen für diesen Personenkreis zur Verfügung gestellt wird. Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Wohnen.

Kommunales Wohnungsbauunternehmen

Die Linke sieht die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum als Daseinsvorsorge. Die Stadt, die GAG und die WSK bauen viel zu wenig Wohnungen. Die Firmenpolitik der GAG und WSK ist weitgehend markt- und profitorientiert.

Köln braucht ein kommunales Wohnungsbauunternehmen, welches sich dem Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit verpflichtet. Das Unternehmen muss in großem Umfang, mindestens jedoch 2000 preiswerte und klimaverträgliche Wohnungen für die Kölner Bevölkerung pro Jahr bauen und dauerhaft vorhalten.

Die Linke wird unter Hinzuziehung externer Expertise hierzu ein Konzept vorlegen. Hier wird die Frage zu beantworten sein, ob Köln ein neues kommunales Wohnungsbauunternehmen braucht oder ob die bestehenden Firmen GAG und das kleine Wohnungsbauunternehmen des Stadtwerkekonzerns umgebaut werden.

Mieten begrenzen!

Wir brauchen einen gerechten und Mieter*innenfreundlichen Mietspiegel

Für Köln wird alle zwei bis drei Jahre ein Mietspiegel herausgegeben. Der aktuelle Mietspiegel ist eine Mogelpackung, denn er führt zu Mieterhöhungen.

Der Mietspiegel kann für Mieter*innen hilfreich sein, wenn ihre Wohnung überteuert ist und sie sich gegen die zu hohen Preise bei Gericht wehren. Für Vermieter dient der Mietspiegel als Richtlinie bei der Festlegung der Kaltmiete. Die angegebenen Quadratmeterpreise im Mietspiegel sind in den letzten Jahren ständig nach oben gegangen. Bis dato errechnet sich der Mietspiegel aus Neuvermietungen und Mieterhöhungen der jeweils letzten sechs Jahre. Da Neuvermietungen fast immer teurer sind als Bestandsmieten, trägt der Mietspiegel also zur Preissteigerung bei. Die Linke verlangt, dass künftig alle Mieten bei der Berechnung beachtet werden. Nur mit einem solch Mietspiegel ergibt sich ein realistisches Bild und der preistreibende Effekt des Mietspiegels wird unterbunden.

Die Miete braucht einen Deckel!

Immer mehr Menschen suchen eine Wohnung, können sie aber nicht bezahlen. Viele Vermieter*innen nutzen diese Situation skrupellos aus und verlangen horrenden Mieten.

In den letzten Jahren sind die Mieten in Köln explodiert. Kaltmieten von 16 Euro pro Quadratmeter und mehr sind keine Seltenheit. Löhne und Renten halten bei dieser Entwicklung nicht mit.

Die Folge: Immer mehr Menschen müssen mehr als 30%, manche sogar bis zu 50 % ihres Einkommens für die Miete aufbringen.

Die Linke. Köln fordert:

- Für die nächsten sechs Jahre müssen Mieterhöhungen grundsätzlich ausgeschlossen werden.
- Es werden Mietobergrenzen festgelegt. Besonders hohe Mieten müssen angesenkt werden.
- In wirtschaftlichen Härtefällen können den Vermieter*innen im Einzelfall abweichende Mieterhöhungen genehmigt werden.
- Die städtische/stadtnahe Wohnungsbaugesellschaft (Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln und GAG Immobilien AG) und die Genossenschaften sollen mit gutem Beispiel vorangehen: Kein*e Mieter*in soll mehr als 30% seines*ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen.

Mieter*innen schützen. Verdrängung verhindern.

In zahlreichen Wohnquartieren besteht ein hohes Aufwertungspotential. In der Folge droht vielen Mieter*innen die Verdrängung.

Wir wollen verhindern, dass Menschen aus ihren Wohnquartieren verdrängt werden.

Unser Motto: „Wer hier wohnt, kann bleiben.“

Dies wollen wir unter anderem dadurch erreichen, dass langfristig 25% der Kölner*innen in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung wohnen.

Die Linke. Köln fordert:

- Soziale Erhaltungssatzung überall dort auszuweisen, wo Verdrängung droht. Die Stadtverwaltung hat dies für neun Gebiete erkannt. Die sogenannten Beobachtungsräume sind Ehrenfeld West, LiebigQuartier, Niehl, Porz Mitte, Humboldt-Gremberg, Kalk, Vingst, Buchheim, Mülheim Nord. Wir ergänzen diese Liste um weitere Gebiete, für die Bezirksvertretungen soziale Erhaltungssatzungen gefordert haben: Deutz und Nippes. Die Bewohner*innen dieser elf Gebiete müssen durch den Erlass sozialer Erhaltungssatzungen gegen Verdrängung geschützt werden.

- Die Landesregierung hat die Umwandlungsverordnung auslaufen lassen. Wir fordern die Wiedereinführung dieser Regel, damit die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert wird.
- Die soziale Erhaltungssatzung soll konsequent angewendet werden. Das erfordert, in der Stadtverwaltung für diese Aufgabe deutlich mehr Personal einzusetzen.
- Die Stadtverwaltung soll mit den Mieter*innen zusammenarbeiten, sie beraten und unterstützen, wenn ihre Vermieter*innen das Haus über den üblichen Standard hinaus modernisieren.

Wohnraum erhalten! Zweckentfremdungen beenden!

Immer mehr Menschen in Köln finden keine passenden Wohnungen mehr. Dabei stehen Wohnungen leer. Noch mehr werden aus reinem Profitinteresse als Tourist*innenunterkünfte legal und illegal zweckentfremdet. Tourismus darf nicht zur Verdrängung der Kölner*innen führen.

Die Linke. Köln fordert:

- Zweckentfremdeter Wohnraum muss sofort wieder zur Wohnnutzung umgewandelt werden.
- Leerstände müssen von der Stadt beschlagnahmt werden, um sie einer Zwischennutzung zuzuführen

Den vorhandenen Boden in Privateigentum sozial gerecht nutzen.

Die Linke will, dass in Köln nur die Investoren bauen dürfen, die Sozialwohnungen oder Wohnungen herstellen, die bis zum Jahr 2030 nicht mehr als 10 Euro pro qm kosten. Die Stadt hat vielfältige Möglichkeiten das Baugesetzbuch zu nutzen. Die Linke will, dass das Baurecht immer zu Gunsten von Errichtung von preisgünstigen Mietwohnungen genutzt wird.

Auch in den bürgerlichen Stadtteilen müssen Wohnungen für Menschen mit geringen Einkommen gebaut werden.

Ebenso muss die Stadt ihren Handlungsspielraum nutzen, um den Bau von Luxuswohnungen und Einfamilienhäusern zu verhindern.

Klima und Menschen schützen! Energetische Sanierung ohne Verdrängung!

Heizung und Warmwasserbereitung in Gebäuden verursachen ein Drittel der energiebedingten CO₂-Emissionen und 35 Prozent des Endenergieverbrauchs deutschlandweit.

Bei vielen Wohnungen älteren Baujahrs sind deshalb energetische Sanierungen notwendig. Vermieter*innen müssen verpflichtet werden, ihre Wohnungen mit schlechtem

energetischem Zustand zu sanieren. Die Sanierung darf nicht auf Kosten der Mieter*innen geschehen. Bund und Land müssen hierfür ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen. Die Sanierungskosten dürfen nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden.

Alternatives Wohnen ermöglichen

Immer mehr Menschen wollen in alternativen Wohnformen zusammenleben.

Die Linke setzt sich für Mehrgenerationen- und inklusive Wohnprojekte ein. Sie müssen durch die Bereitstellung preisgünstiger Grundstücke und die Förderung einer professionellen Moderation gefördert werden

Köln ist offen für Wagenplätze und selbstverwaltete Kultur- und Freiräume.

Wir unterstützen alle Aktivitäten, die das systematische Ausleihen, Teilen und gegenseitige Bereitstellen von Gegenständen, Flächen bzw. Räumen sowie von Wissen und Informationen fördern (Motto: „Nutzen statt besitzen“).

Die Besetzung von über lange Zeit leerstehenden Häusern ist eine legitime Form des Protestes und der Aneignung.

Wir stellen die Interessen der Mieter*innen in den Vordergrund

Das Mietrecht ist kompliziert. Allzu oft wieder werden Mieter*innen von ihrem Vermieter*innen übers Ohr gehauen, viele Betriebskostenabrechnung sind falsch und auch viele Kündigungen sind rechtlich fragwürdig oder gar gesetzeswidrig. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, sollen in allen Stadtbezirken offene und kostenlose Mieterberatungsstellen eingerichtet werden. Die Vereinbarung der Stadt mit dem Kölner Mieterverein soll ausgeweitet werden: Menschen mit wenig Einkommen sollen zukünftig einen kostenlosen Rechtsschutz bekommen.

Demokratische Selbstverwaltung von Wohnraum

Unser Ziel ist eine Vergesellschaftung des Wohnungsmarktes. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Stärkung der Rechte der Mieter*innen und der Ausbau ihrer Mitbestimmungsrechte.

Um demokratische Strukturen überhaupt füllen zu können, ist eine starke und selbstbewusste Mieter*innenbewegung nötig. Demokratisierung ist nichts, dass sich von oben durchsetzen lässt. Sie ist ein langer Prozess von Organisierung und Selbstermächtigung von Mieter*innen in der Stadt. Hier stehen wir noch am Anfang.

Die Linke unterstützt den Aufbau von Mieter*innen-Initiativen und Initiativen, die sich gegen den Bau von Luxuswohnungen, gegen Zweckentfremdung, falsche Nebenkosten-Abrechnungen und den Verkauf städtischer Grundstücke an private Investoren einsetzen.

Die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK) und der GAG Immobilien AG können bei der Einführung von Mieter*innenräten eine Vorbildrolle einnehmen.

Wichtige Partner*innen einer solidarischen und demokratischen Wohnungspolitik sind auch die Kölner Genossenschaften. Dies gilt vor allem dann, wenn sie sich – etwa bei der Miethöhe – weiterhin von gewöhnlichen Wohnungsunternehmen unterscheiden und sich die Mitbestimmung der Mitglieder nicht auf ein Abnicken der Vorstandsentscheidungen beschränkt.

Mietshäusersyndikat: Die Häuser denen, die drin wohnen!

In Köln gibt es mehrere Projekte die sich dem Miethäusersyndikat angeschlossen haben. Die Idee dahinter:

- Dauerhafter Entzug der Immobilie aus dem spekulativen Wohnungsmarkt und Beitrag zur Kollektivierung von Eigentum;
- Sicherung von bezahlbaren Mieten für die Bewohner*innen;
- gemeinschaftliches, selbstverwaltetes, solidarisches Wohnen.

Die Linke. Köln unterstützt die Übernahme weiterer Häuser durch ihre Bewohner*innen, zum Beispiel in den Milieuschutzgebieten.

5. Mehr tun gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Die Zahl der wohnungs- und obdachlosen Menschen in Köln steigt rapide, weil der Wohnraum knapp ist. Der Kölner Stadtrat hat zwar parteiübergreifend ein befriedigendes Konzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit entwickelt, aber die notwendigen finanziellen Mittel von rund 5 Millionen Euro pro Jahr nicht bereitgestellt. Was nützt also ein gutes Konzept?

- Die notwendigen Mittel für das Kölner Konzept zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit müssen bereitgestellt werden.
- Wohnungen müssen beschlagnahmt werden, wenn Menschen von Obdachlosigkeit bedroht sind und es keine geeigneten Ersatzwohnungen gibt.
- Die Stadt muss Wohnraum vorhalten und Sozialhäuser bauen.
- Notunterkünfte müssen durch menschenwürdige Wohnungen ersetzt werden. Für eine Übergangszeit müssen Mehrbettzimmer in den Notunterkünften durch Einzelzimmer ersetzt werden. Dort müssen ausreichend 24-Stunden-Schließfächer vorhanden sein.
- Für obdachlose Menschen mit Hunden müssen geeignete und ausreichende Unterkünfte geschaffen werden. Gleiches gilt für obdachlose Frauen, Paare und behinderte Menschen.
- Obdachlose und wohnungslose Menschen mit LGBTQ-Hintergrund brauchen geschützte und diskriminierungsfreie Räume. Mitarbeiter*innen und Ehrenamtler*innen müssen im Umgang mit Homo-Bi- und Transphobie sensibilisiert und geschult werden.
- Es müssen genügend Betreuungsplätze für kranke Menschen vorhanden sein.
- Der ganzjährige Zugang zu U-Bahnstationen und den Zwischenebenen muss garantiert sein.
- Wir brauchen viel mehr Wohnungen, die nach dem voraussetzungslosen Housing-First-Ansatz vergeben werden.

6. Mobilität – eine soziale Frage

Mobil sein zu können, ist eine Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wie man mobil ist, ist aber sehr unterschiedlich und hängt unter anderem von den persönlichen Finanzen, vom Alter und vom Geschlecht ab:

Soziale Unterschiede zeigt bereits der PKW-Bestand in den Kölner Veedeln: Im Stadtteil Chorweiler kommen auf 1.000 Einwohner*innen 341 private PKW, in Hahnwald sind es 971. Das Auto ist für Frauen ein weniger bedeutsames Verkehrsmittel als für Männer. Umgekehrt sind ÖPNV und der Fußverkehr für mehr Frauen als Männer die wichtigste Form der Mobilität.

Von den negativen Folgen des Autoverkehrs sind ärmere Menschen besonders betroffen. Vor allem sie wohnen an den großen, vielbefahrenen Straßen und sind Lärm und Schadstoffen ausgesetzt. Die Einführung von Tempo 30 dämmt den Lärm des Autoverkehrs ein.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Ansprüche und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an Mobilität berücksichtigt und verwirklicht werden. Dazu brauchen wir eine Verkehrswende hin zu mehr und besseren Fußverkehr, ÖPNV und Radverkehr.

Verkehrserhebungen zeigen, dass die Zahl der Wege, die mit dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden, deutlich ansteigt. Gleichzeitig sinkt der Anteil des Motorisierten Individualverkehrs (MIV), aber auch des ÖPNV. In der Kölner Verkehrsinfrastruktur spiegelt sich dies noch nicht wieder. Weiterhin nimmt das Auto den größten Teil des Verkehrsraums in Anspruch.

Doch der Platz für Verkehr in Köln ist begrenzt. Straßen in einer Stadt lassen sich nicht verbreitern, der vorhandene Platz lässt sich nur neu verteilen. Glücklicherweise nutzen Fußverkehr, ÖPNV und das Rad den Verkehrsraum besser als das Auto. Auf einer Schienenstrecke oder einem Radweg können sich viel mehr Menschen fortbewegen, als auf einer herkömmlichen Spur einer Straße. Ein Umstieg auf Schiene oder Rad entlastet daher auch den verbleibenden Autoverkehr und vermindert Staus. Wir fordern ein Auto arme Innenstadt, dort soll nur der nötigste Lieferverkehr fahren. Wir begrüßen den Beitritt der Stadt Köln zur Städteinitiative „Tempo 30“. Parallel zum Ausbau von KVB und Radwegen muss mindestens auf allen Straßen außerhalb des MIV-Grundnetzes Tempo 30 eingeführt werden, perspektivisch im ganzen Stadtgebiet.

Finanzielle Zugangsbeschränkungen wie die Citymaut lehnen wir ab. Ob jemand eine Straße benutzen oder in eine Stadt einfahren kann, sollte nicht von den persönlichen Finanzen abhängen.

Köln muss schneller werden bei der Umsetzung von Verkehrsprojekten. Ob es die Neugestaltung von Plätzen ist, die Schaffung von Radpendler Routen ins Umland, die Planung von Schienenanlagen oder die Sanierung oder gar der Neubau von Brücken – es dauert zu lange. Zur Beschleunigung wollen wir mehr Fachpersonal für Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten einstellen.

Es braucht aber auch mehr Mut. Verkehrliche Pilotprojekte müssen nach einer kurzen Zeit in eine gelungene Dauerlösung einmünden. Sie dürfen nicht zum unansehnlichen Dauerprovisorium werden, das Unmut bei den Anwohnern und Anwohnerinnen erzeugt.

Ein Umstieg zwischen Verkehrsmitteln (Multimodalität) muss vereinfacht werden. Wer mit dem PKW aus dem Umland kommt, zur Einfahrt in die Stadt auf die Bahn umsteigt und schließlich mit einem Leihrad zur Arbeitsstelle fährt, benötigt eine Infrastruktur, die ihr/ihm dies ermöglicht. Park+Ride-Anlagen am Stadtrand und Mobilitäts-Hubs zu ihrer Ergänzung ermöglichen den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV, das (Leih-)Rad oder Pedelec.

KVB instand setzen!

Seit 2022 ist die KVB in einer Dauerkrise. Wegen Personalmangel wurde der Fahrplan reduziert. Trotzdem kommt es immer noch häufig zu Verspätungen. Aufzüge und Rolltreppen sind häufig defekt und viele Haltestellen sind trotz der gesetzlichen Vorgaben immer noch nicht barrierefrei. Fahrgäste sind entnervt und steigen um aufs Fahrrad oder Auto. Die Probleme sind hausgemacht, vor allem durch Sparen am falschen Ende. Und während die Fahrgastzahl in Köln 2023 leicht zurückging, stieg die ÖPNV-Nutzung in Deutschland 2023 um 26% gegenüber dem Vorjahr und in Hamburg übertraf sie gar das Vor-Corona-Niveau.

So darf es nicht weitergehen mit der KVB! Stadt und KVB-Management müssen gemeinsam und unter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Aktionsplan festlegen, der die KVB schnellstmöglich wieder zur „normalen“ Leistung befähigt und Barrierefreiheit herstellt. Das darf die Stadt auch etwas kosten, unsere KVB ist es uns wert.

Köln braucht eine KVB, die

- zuverlässig, pünktlich und dicht getaktet fährt, gerade auf den stark frequentierten Linien und Tageszeiten
- barrierefrei ist, mit funktionstüchtigen Aufzügen und Rolltreppen
- alle Stadtteile mit der Stadtbahn erreicht

Taktverdichtung ist fahrgastfreundlich und schafft zusätzliche Kapazität. Das ist auch eine einfache, kostengünstige und schnell umsetzbare Alternative zu den 90m Zügen, die die KVB auf der Ost-West-Achse einsetzen möchte.

Stadtbahnnetz um 100 km ausbauen!

Das Stadtbahnnetz der KVB ist nicht fertig.

- Zahlreiche Stadtteile haben nur indirekten Anschluss über Zubringer-Buslinien an die Stadtbahn, was die Fahrtzeit mit der KVB stark verlängert.
- Zu viele Verbindungen führen über den Engpass Deutzer Brücke

- Es fehlen ergänzende Ringverbindungen und Rheinquerungen, die schnellere Wege ermöglichen und das Zentrum entlasten würden.

Mit diesen Lücken im Stadtbahnnetz ist die KVB nicht wettbewerbsfähig gegen das Auto. Wenn die Menschen das Auto stehen lassen sollen, dann muss es eine einfache und bezahlbare Alternative geben. Köln will bis 2035 klimaneutral sein. Dafür müssen folgende Stadtteile an die Stadtbahn angeschlossen werden:

Blumenberg, Eil, Elsdorf, Esch/Auweiler, Feldkassel, Finkenberger, Flittard, Fühlingen, Gremberghoven, Grengel, Humboldt/Gremberg, Immendorf, Kreuzfeld, beide Langel (Kölner Norden und Porz-Langel), Libur, Lind, Lindweiler, Meschenich, Neubrück, Pesch, Rheinkassel, Roggendorf/Thenhoven, Rondorf, Stammheim, Sürth, Urbach, Volkhoven/Weiler, Wahn, Wahnheide, Weiß, Widdersdorf, Worringen.

Außerdem werden Querverbindungen im Kölner Schienennetz benötigt, vor allem weitere Rheinquerungen, um den Knotenpunkt Heumarkt/Deutzer Brücke zu entlasten.

Um den auswärtigen Pendelverkehr von der Straße zu bekommen, werden Stadtbahnlinien benötigt nach Moitzfeld, über Glessen von Niederaußem, Sinnersdorf. Außerdem muss das Park-Ride-Angebote ausgebaut werden.

Für diese Aufgaben ist ein Ausbau des Schienennetzes um ca. 100 km erforderlich. Dafür soll die Stadt ein Investitionsprogramm von 2,5 Mrd. Euro auflegen und Bundes- und Landesmittel einwerben. Zusätzlich bietet eine Nahverkehrsabgabe weitere Finanzierungsmöglichkeiten.

Tunnel-Stopp in Köln!

[wird nach Ratsbeschluss überarbeitet]

Stadtrat und Verwaltung schenken den Problemen der KVB kaum Beachtung. Während Köln am Zustand der KVB leidet, interessieren sich maßgebliche Kreise bei CDU, SPD, FDP und Verwaltung vor allem dafür, die Innenstadt zu untertunneln, koste es was es wolle. 1,4 Mrd. Euro sind geschätzt für 2,4 km Tunnel unter der Ost-West-Achse. Eine Summe, für die sich wohl einige Probleme der KVB lösen ließen.

Das geht so nicht weiter. Die Verkehrspolitik muss sich um bezahlbare Lösungen für reale Probleme kümmern. Deshalb: Jetzt Hände weg von weiteren Tunnelprojekten in Köln. So lange, bis die KVB saniert und fertig ausgebaut ist.

Fußverkehr

Der Fußverkehr hat eine zentrale Rolle im städtischen Verkehr. Diese Rolle muss sich auch in der Verkehrsplanung niederschlagen. Öffentlicher Raum muss ein Raum sein, in dem man sich gerne aufhält.

Dazu gehören schattenspendende Bäume, oder Bänke, die eine Pause ermöglichen, oder Pflanzen und Brunnen, bei denen man sich gerne aufhält.

Vom Fußverkehr hängt die Nutzung anderer Verkehrsmittel ab. Wer auf Wegen und Plätzen mit hoher Aufenthaltsqualität unterwegs ist, dem kommt der Weg weniger lang vor. Die Wegstrecke zu Fuß kann sich bis zu 70%, das Einzugsgebiet einer ÖPNV-Haltestelle kann sich verdreifachen.

Öffentlicher Raum muss aber auch ein sicherer Verkehrsraum sein. Die Infrastruktur muss Sichtbeziehungen ermöglichen, Autos zu niedrigen Geschwindigkeiten anhalten, PKW-, Rad- und Fußverkehr möglichst trennen, ausreichend lange Ampelphasen auch für eingeschränkte Personen bereitstellen. Veedelszentren sollten möglichst autoarm sein, der Fußverkehr dominieren. Diese Maßnahmen sollen schnell und konsistent umgesetzt werden.

Damit das erreicht werden kann, muss in der Stadtverwaltung eine eigene Fachstelle für den Fußverkehr mit wenigstens vier Fachleuten eingerichtet werden. Diese Forderung des FUSS e.V. unterstützen wird ausdrücklich.

Gute Bedingungen für den Fußverkehr zu schaffen, bedeutet auch, diese Flächen vor anderen Ansprüchen zu schützen. Ob Verkehrsschilder, Parkautomaten, Ladesäulen, E-Roller, Außengastronomie – der verbleibende Platz muss ausreichen, dass zwei Menschen mit Kinderwagen oder Rollstuhl einander passieren können. Mit Sicherheitsabständen sind dies mindestens 2,50 m. An Orten mit hohem Aufkommen an Fußverkehr muss der Platz entsprechend breiter sein. Sicherheit für Verkehrsteilnehmende hat höchste Priorität.

Parkende Pkw gehören nicht auf den Gehweg. Dass dies zu einem gewissen Maß durch das städtische Ordnungsamt toleriert wird – inzwischen auch mit Rückendeckung durch einen schwarz-grünen Ratsbeschluss –, muss ein Ende haben.

Radverkehr

Die erfolgreiche Umgestaltung der Kölner Ringe ist ein Beispiel dafür, wie alle Verkehrsteilnehmer von einer Verkehrswende profitieren können. Über weite Strecken hat der Radverkehr nun eine eigene Spur. Der bisherige Radweg auf dem Bürgersteig erweitert den Raum des Fußverkehrs. Der PKW-Verkehr ist ruhiger und weniger aggressiv als früher.

Diese Umgestaltung zeigt gleichzeitig, wie wichtig das Engagement aus der Bevölkerung ist, um solche Änderungen zu erreichen.

Seit mehreren Jahren gibt es ein Konzept, mit dem Radpendlerrouten geschaffen werden sollen. Diese Routen sollen es ermöglichen, mit dem Rad aus dem Kölner Umland nach Köln einzupendeln und auszapendeln. Wenn sie verwirklicht sind, dann ist eine wichtige Alternative zum PKW geschaffen. Die Planung oder gar die Umsetzung kommt aber nur schleppend voran. Hier sollte kurzfristig eine Markierung und Instandsetzung erfolgen, und nicht auf den langwierigen Komplettumbau gewartet werden.

Was diesem Konzept noch fehlt sind die Verbindungen zwischen den Ästen, ein Fahrradgürtel. Hiermit würden die äußeren Veedel miteinander verbunden. Dazu zählt auch der Radschnellweg entlang der KVB-Linie 13 von Mülheim nach Nippes und weiter nach Ehrenfeld. Auch hier muss die Umsetzung endlich in Angriff genommen werden!

Ein wichtiges Element einer Kölner Verkehrswende sind die Verbindungen über den Rhein. Es sind weitere Brücken für Fußverkehr, das Rad und den ÖPNV wichtig, auch um neue Wohnquartiere wie den Deutzer Hafen anzubinden. Kurzfristig müssen bestehende Brücken umgestaltet und erweitert werden:

Auf der Mülheimer Brücke muss je eine Spur pro Richtung für den Radverkehr umgenutzt werden. Nur so kann der Gürtelradweg verwirklicht und die unzumutbare Mischung von Fuß- und Radverkehr im schmalen Seitenbereich beendet werden.

An der Hohenzollernbrücke muss der Weg auf der Südseite erweitert werden. Die se Seite sollte vor allem vom Fußverkehr genutzt werden. Die Nordseite benötigt eine Rampe zum linksrheinischen Ufer und sollte vor allem für Radverkehr genutzt werden.

7. Umwelt, Energiewende und Grün

Für uns ist die Klimakrise die soziale Krise des 21. Jahrhunderts, denn schon heute leiden die Menschen am meisten unter den Folgen des Klimawandels, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Angesichts der zunehmenden Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den fortschreitenden Klimawandel besteht ein dringender Handlungsbedarf in der Umsetzung von weitreichenden Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung. Klimaschutz, der Erhalt der Artenvielfalt und des Bodens, Ressourcenschonung sowie Maßnahmen gegen die Folgen der Erderwärmung sind Aufgaben, denen sich die wachsende Metropole Köln verstärkter als bisher annehmen muss. Die Linke Köln setzt sich für einen ganzheitlichen Ansatz ein, der Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Ressourcenschonung und Artenvielfalt in den Mittelpunkt aller kommunalpolitischen Entscheidungen stellt. Nur so können wir ein nachhaltiges, lebenswertes und gerechtes Köln für alle Bürger*innen gestalten.

Für ein klimaneutrales Köln

Der Rat der Stadt Köln hat im Jahr 2019 auf Druck der „Fridays for Future“-Bewegung den Klimanotstand beschlossen. Die Kölner LINKE will das den Worten Taten folgen und fordert, dass die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen bis 2035 klimaneutral sind, wie es der Rat 2021 beschlossen hat. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen jedoch bei Weitem dafür nicht aus. Die Kölner LINKE will, dass die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion einnehmen.

Die Initiative „Klimawende Köln“ hatte bereits 2020 gefordert, dass die RheinEnergie bis 2030 zu 100% erneuerbaren Strom erzeugen und vertreiben soll und dafür über 30.000 Unterschriften sammeln können. Die Linke hat diese Forderung unterstützt. Die RheinEnergie hat daraufhin zugesichert, bis 2035 nur noch Strom und Wärme aus erneuerbarer Energie herzustellen und zu liefern. Bei der Erzeugung von Fernwärme setzt die Rheinenergie allerdings auf bis zu 50 Prozent auf Energie aus Wasserstoff, statt diesen nur bei Dunkelflauten zu verwenden. Außerdem will die RheinEnergie sowohl grünen Wasserstoff (aus erneuerbaren Energien) als auch blauen Wasserstoff (aus Erdgas) nutzen. Wir lehnen die Herstellung und den Einsatz von blauem Wasserstoff grundsätzlich ab, weil dessen Herstellung auf der Nutzung des fossilen Energieträgers Erdgas basiert. Er wird aufgrund seiner aufwendigen Herstellung auch in Zukunft teuer sein und nicht im ausreichendem Maß verfügbar. Zudem sieht sich die Rheinenergie nicht an den Ratsbeschluss zur Klimaneutralität gebunden, da sie noch über 2035 hinaus Erdgas an Endverbraucher*innen liefern will. Statt auf den Neubau von Erdgaskraftwerken zur Energiesicherung bei Dunkelflauten, setzen wir auf einen stärkeren Ausbau von Energiespeichern.

Die Linke Köln hat Attac dabei unterstützt, die Schließung des Braunkohlekraftwerks in Merkenich durchzusetzen. Mitte 2025 geht das Kraftwerk, laut Aussage von RheinEnergie, endgültig vom Netz. Allerdings soll es stattdessen in ein wasserstofffähiges

Erdgaskraftwerk umgebaut werden. Gemeinsam mit Attac haben wir uns auch mit der Forderung „RheinEnergie in Bürger*innenhand“ gegen eine Teilprivatisierung von RheinEnergie eingesetzt. Weitere Privatisierungsvorhaben lehnen wir entschieden ab. Die RheinEnergie muss ein städtischer Energiegrundversorger bleiben.

Die Linke spricht sich für eine weitgehende Dezentralisierung der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien aus. Strom ist die am vielseitigsten verwendbare Energie. Seine Produktion auf Basis erneuerbarer Energien ist deswegen vorrangig. In dicht besiedelten Ballungsräumen wie Köln muss der Ausbau der Photovoltaik die höchste Priorität erhalten. Die Kölner LINKE will möglichst viele Menschen zu ihrem eigenen Energieproduzenten machen und unterstützt daher auch die vereinfachte Stromproduktion durch Mieter. Nirgendwo ist der Ausbau der Erneuerbaren so sinnvoll wie in einer Stadt. Die Nähe von Herstellung und Verbrauch reduzieren Verlust und Transportaufwand. Eine flächenmäßig ausgedehnte Stadt wie Köln bietet viel Raum für sinnvoll angewandte Nischenlösungen zur Gewinnung von Strom und Wärme aus Wind, Wasser sowie der Sonne, gegebenenfalls in Kombination.

Die Linke hält an der städtischen Förderung von PV-Anlagen und Energiespeichern fest. Die Kölner Linke befürwortet, in Abwägung mit dem Schutz von Flora und Fauna, den Bau von Windanlagen und PV-Freiflächenanlagen auf dem Kölner Stadtgebiet.

Neben einer Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energie, die laut Bundesgesetz bis 2045 abgeschlossen sein muss, müssen schlecht gedämmte Häuser wärmeisoliert werden.

Wegen des großen Ressourcenverbrauchs bei Fernwärme (leitungsgebundenes System) sollte diese ausschließlich in dicht besiedelten Gebieten mit Bestandsimmobilien eingesetzt werden. Fernwärme in Neubaugebieten lehnen wir ab.

Sozial gerechte Wärme- und Energiewende für Köln

Die Wärme- und Energiewende ist zentral für den Klimaschutz und muss sozial gerecht gestaltet werden. Viele Kölner Wohnungen aus den 50er und 60er Jahren sind energetisch in schlechtem Zustand. Das belastet sowohl die Umwelt als auch die Geldbeutel der Mieter*innen durch hohe Heizkosten. Die Linke fordert:

- Die städtischen Wohnungsunternehmen GAG und WSK müssen Vorreiter der Wärmewende werden. Sie sollen jährlich mindestens 5% ihrer Wohnungen energetisch sanieren – aber ohne Mieterhöhung. Die Warmmiete darf nach der Sanierung nicht höher liegen als zuvor.
- Die Stadt Köln muss die Worst-Performing-Buildings (die 25% der Gebäude mit dem schlechtesten energetischen Zustand) gezielt angehen. Statt diese zu verkaufen, soll die GAG solche Gebäude aufkaufen und mit Fördermitteln sanieren.
- Lokale Wärmequellen wie Abwärme, Geothermie und Solarthermie müssen stärker genutzt werden. Die RheinEnergie muss zum Vorreiter beim Ausbau erneuerbarer Energien und Wärmenetze werden.

Energiewende demokratisch gestalten

Die Energieversorgung gehört in Bürgerhand. Wir setzen uns ein für:

- Eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035. Die RheinEnergie muss dafür ihre Investitionen in Solar- und Windenergie massiv ausweiten.
- Die Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften und Mieterstrom-Projekten. Alle öffentlichen Dächer müssen für Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden.
- Dezentrale Energieprojekte in den Veedeln, die von den Bürger*innen gemeinsam getragen werden. Die Stadt muss diese durch Beratung und finanzielle Unterstützung fördern.
- Energiearmut bekämpfen: Stromsperren müssen verboten und einkommensschwache Haushalte bei den Energiekosten entlastet werden. Einen sozial gerechten, den Grundbedarf berücksichtigenden Strom- und Fernwärmetarif einführen

Gemeinsam für die sozial-ökologische Transformation

- Energetische Modernisierung muss durch hohe öffentliche Förderung finanziert werden. Diese soll nach Einkommen gestaffelt sein und besonders einkommensschwache Haushalte unterstützen.
- In den Quartieren braucht es ein aktives Management, das Eigentümer*innen und Bewohner*innen bei der Wärme- und Energiewende unterstützt und gemeinschaftliche Projekte fördert.
- Die Stadt muss kostenlose Energieberatung und den Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte ausbauen.

Unser Ziel ist es: Bis 2030, allerspätestens 2035 sollen alle Kölner Wohnungen klimaneutral beheizt und mit erneuerbarem Strom versorgt werden - bei stabilen und bezahlbaren Preisen. Die Wärme- und Energiewende muss Teil einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung sein, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Dafür braucht es eine starke LINKE im Stadtrat.

Die Metropole Köln im Klimawandel: Für eine konsequente Abmilderung der Folgen der fortschreitenden Erderwärmung

Die durchschnittliche Temperatur ist in Deutschland vom Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahre 1881 bis 2022 um 1,7 Grad Celsius angestiegen. 2018, 2020 und 2022 waren die wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen (Monitoringbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) 2023, Umweltbundesamt). Das Klima in Städten unterscheidet sich vom Klima im Umland und ist aufgrund der dichten Bebauung und der starken Flächenversiegelung durch höhere

Lufttemperaturen gekennzeichnet. In großen Städten wie Köln kann der Temperaturunterschied zwischen Stadt und Umland bei sommerlichen Hochdruckwetterlagen mehrere Grad Celsius betragen und nachts Werte bis zu etwa 10 Grad erreichen (LANUV, 2013). In Hitzeperioden verstärkt der städtische Wärmeinseleffekt die Risiken für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und die Infrastruktur (vgl. Stadtklimaprojektion 2024, DWD).

Die schon heute zunehmend spürbaren, nicht mehr aufzuhaltenden Folgen der fortschreitenden Klimaerwärmung gilt es für die Menschen, Tiere und Pflanzen in der Stadt Köln abzumildern. Die in 2024 erschienene „Stadtklimaprojektion für die Anpassung an den Klimawandel“ des Deutschen Wetterdienstes stellt einen signifikanten Temperaturanstieg während der letzten Jahrzehnte im Kölner Stadtgebiet fest und kommt auf der Basis von Modellrechnungen zum Ergebnis, dass durch den regionalen Klimawandel im gesamten Kölner Stadtgebiet die Anzahl der Tage mit Temperaturen über 25 Grad um 50-100%, die Anzahl der Tage mit Temperaturen über 30 Grad um etwa 100% bis Mitte des Jahrhunderts (2031-2060) im Vergleich zu Zeitraum 1971-2000 zunehmen werden und dass in den dicht bebauten Stadtteilen eine Verdopplung bis Verdreifachung der Anzahl von Tropennächten zu erwarten ist. Durch die geplante neue oder verdichtete Bebauung ergeben sich zusätzlich etwa 15-30% mehr Sommertage, 23-35 % mehr Heiße Tage und 10-15 % mehr Tropennächte (Stadtklimaprojektion für die Anpassung an den Klimawandel des DWD, 2024). Auch die in den vergangenen Jahrzehnten zugenommenen Starkniederschläge werden bis Mitte des Jahrhunderts aller Wahrscheinlichkeit nach noch deutlich häufiger auftreten (vgl. Monitoringbericht zur DAS 2023, Umweltbundesamt)

Die Kölner LINKE fordert von der Stadt Köln eine umfassendere und zeitnahe Umsetzung der Handlungsempfehlungen der „Klimawandelgerechten Metropole Köln“, die bereits 2013 veröffentlicht wurde, und schließt sich dem Fazit des Monitoringberichts 2023 an, dass „zur Abmilderung der gesundheitlichen Gefahren in Hitzeperioden (...) die Entwicklung eines klimaangepassten Städtebaus dringend erforderlich“ ist, der mit verstärkter Begrünung und einem effizienten Wassermanagement Bedingungen für ein gesundes Stadtklima schafft. Im Konzept der sogenannten Schwammstadt, das eine Regenwassermanagement bezeichnet, das auf eine lokale Speicherung, Wiedernutzung und Versickerung ins Grundwasser zielt und dazu beiträgt, bei Starkregenereignissen Überschwemmungen von Siedlungsflächen zu vermeiden sowie für Trockenzeiten ein Wasserreservoir für städtisches Grün bildet, sind ausreichende Grün- und Gewässerstrukturen wichtige Bestandteile.

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz im Zielkonflikt mit der notwendigen Schaffung von Wohnraum in der wachsenden Metropole Köln sind nicht gegeneinander auszuspielen. Eine klimagerechte Stadtentwicklungsplanung muss konsequent verfolgt werden.

Die Linke Köln fordert hierzu insbesondere:

- Eine ambitionierte Anpassung an die Klimafolgen durch Umsetzung des Konzepts der Schwammstadt für ganz Köln
- Eine Reduzierung der Aufheizung von Flächen durch konsequente Entsiegelung auch kleiner Flächen
- Eine Aufforstung von Bäumen und Erweiterung der Grünflächen in der Stadt, besonders in Stadtteilen mit wenig Grünanteil pro Kopf
- Eine deutliche Steigerung des Anteils von Fassaden- und oder -Dachbegrünungen möglichst auch in Verbindung mit Photovoltaik und/ oder Solarthermie, insbesondere im dicht bebauten Bestand des Kölner Stadtgebiets bis 2030
- Eine konsequente Beachtung bestehender Frisch- und Kaltluftschneisen und deren Ausweitung in der Stadtentwicklungsplanung
- Einen konsequenten Schutz aller Grünanlagen und deren Pflege und Anlage unter Gesichtspunkten der Biodiversität und des Artenschutzes

Biodiversität und Artenschutz in Köln

Im Hinblick auf die Biodiversität und den Artenschutz besteht in Köln weiterhin großer Handlungsbedarf. Die Kölner LINKE hat in den letzten Jahren viele wichtige Entwicklungen angestoßen und vorangetrieben. So ist die Stadt Köln auf Antrag der LINKEN dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ beigetreten. Angestoßen durch unsere Anfragen entwickelte das Grünflächenamt ein Biodiversitätskonzept und auf unsere Initiative hin begann auch der schrittweise Einstieg in ein artgerechteres Mähen der Kölner Wiesenflächen. Mit unserer beständigen Thematisierung der urbanen Landwirtschaft nach Kriterien der Biodiversität haben wir erreicht, dass wir am Anfang einer Entwicklung zu einer artenreicheren Landwirtschaft stehen. Wir teilen Forderungen des NABU Köln und fordern hinsichtlich Biodiversität und Artenschutz:

- eine die Biodiversität befördernde Pflege von Wiesen, Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Friedhöfen und Forsten im gesamten Stadtgebiet. Dazu fordern wir regelmäßige, umfassende Schulungen der Beschäftigten des Grünflächenamts im Hinblick auf den Artenschutz und das eigens entwickelte Biodiversitätskonzept.
- Schaffung von Biotopvernetzungen zur Stärkung der Biodiversität durch Verbindung von Grünflächen mit grünen Korridoren und Ermittlung von Standorten für Grünbrücken und Amphibientunnel
- in Bezug auf das Straßenbegleitgrün und seiner entscheidenden Bedeutung für die Vernetzung der Biotope einen nur einmaligen Beschnitt von Gräsern mit Balkenmähern im Jahr und eine Beschneidung der Gehölze nur bei Bedarf
- ein nur einmaliges jährliches Mähen der städtischen Streuobstwiesen mit Balkenmähern und die Zuführung der abgeräumten Mahd einer energetischen Verwertung
- eine Beweidung von Grünflächen in Landschaftsschutzgebieten und Rheindeichen durch Schafe zur Verbesserung ihrer ökologischen Wertigkeit

- eine Konzeption und Umsetzung von Artenschutzmaßnahmen für Tiere der Offenlandschaften auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Kooperation mit Kölner Landwirten.
- eine Steigerung der Biodiversität auf Agrarflächen
- den Erhalt ausgewiesener Natur- und Landschaftsschutzgebiete und eine Prüfung der Ausweisung neuer Schutzgebiete
- eine effektivere Förderung von Fassadenbegrünungen durch die Stadt mit Bevorzugung der wandgebundenen Systeme mit ihren weitreichenderen Auswirkungen auf die Biodiversität sowie eine Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Köln zur Erteilung von Auflagen für Eigentümer zur Schaffung artenreicherer Gärten sowie Fassaden- und Dachbegrünungen.

Ernährung und Landwirtschaft

Die Ernährung ist wichtig für Gesundheit und Klima. Die Stadt kann durch gute Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik dazu beitragen, dass alle Zugang zu guten, günstigen und regionalen Lebensmitteln haben.

Städtische Landwirtschaft hilft Ressourcen zu schonen und den Klimawandel zu bekämpfen. Die Linke setzt sich für eine Agrarwende ein, fordert weniger Fleischkonsum und ein Ende der Massentierhaltung. Der Ernährungsrat, den Köln 2016 eingerichtet hat, war ein guter, aber zu kleiner Schritt.

- landwirtschaftliche Flächen im Kölner Stadtgebiet für die lokale Produktion erhalten
- regionale Sorten- und Artenvielfalt stärken, Kooperation z.B. mit VEN
- lokale Märkte und Handel stärken
- „Essbare Stadt Köln“ tatsächlich verwirklichen
- tägliche vegetarische und vegane Angebote in allen städtischen Kantinen
- ökologische Wertigkeit der Ackerflächen höher ansetzen
- Artenschutzmaßnahmen für Tiere der Offenlandschaften auf landwirtschaftlichen Flächen.
- Förderung von Landwirtschaftsbetrieben, die von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft umsteigen wollen.

Müllflut stoppen, Kreislaufwirtschaft stärken

Neben dem Klimawandel ist die zunehmende Vermüllung der Erde und der Meere eines der umweltpolitischen Themen, welches in den letzten Jahren – zurecht - große Aufmerksamkeit erregt hat. Schon lange ist bekannt, dass der Müll nicht nur Effekte auf das psychische Wohlbefinden, sondern auch auf die menschliche und tierische Gesundheit hat. Hier sind besonders die gesundheitsschädlichen Effekte von Mikroplastik zu nennen.

Grund für die Vermüllung ist zum einen ein zunehmender Verbrauch von Ressourcen, angetrieben durch ein Wirtschaftssystem, dessen Existenz von ständigem Wachstum abhängt. Dieses führt zwangsläufig zu steigendem Ressourcenverbrauch, Überproduktionen und sogar zur Vernichtung von Gütern, Stichwort: Fast Fashion. Schon jetzt verbrauchen wir in einem Jahr mehr Ressourcen, als natürlicherweise nachwachsen. Zum anderen werden Produkte absichtlich nicht mehr für die Ewigkeit geplant, sondern oft gezielt als Wegwerfware oder mit begrenzter Lebenszeit konzipiert.

An der Seite zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen will Die Linke hier im Kampf gegen die Müllflut Druck machen.

- Wir unterstützen Repair-Cafés und die Bewegung Zero-Waste, die gemeinnützigen Second- Hand-Läden wie Emmaus, Sozialistische Selbsthilfe Köln / Mülheim u.v.a.
- wir unterstützen Initiativen und Vereine, wie z.B. die K.R.A.K.E, die sich dem Thema Müllvermeidung und Müllbeseitigung gewidmet haben
- Die Einhaltung der Mehrwegsangebotspflicht in der Gastronomie soll konsequent überprüft und unterstützt werden
- Wir wollen mit dem Kölner Einzelhandel und der Gastronomie weitere Strategien entwickeln, wie Müll reduziert werden kann.
- Das Konzept der schwimmenden "Rheinkrake" des Vereins K.R.A.K.E., welche Müll im Rhein auffängt, bevor er ins Meer gelang, soll gefördert und ausgebaut werden
- Bezüglich des Elektroschrott strebt Die Linke mittelfristig nach dem Vorbild des Hamburger Unternehmens Stilbruch ein rein kommunales Secondhand-Kaufhaus an, das auch Recycling und Reparaturen anbietet.
- Die offenen öffentlichen Mülleimer sollen ersetzt werden durch verschließbare Mülleimer, da Vögel und Wildtiere hier häufig nach Nahrung suchen und der Müll dann oft in der Umgebung verteilt wird.
- Wir unterstützen lokale Sharing-Modelle, z.B. von Werkzeug etc.
- Das Konzept der Kreislaufwirtschaft soll bei allen öffentlichen Projekten mitgedacht werden, wie z.B. die Verwendung von Recycling-Beton bei städtischen Bauprojekten wie z.B. in Stuttgart
- Einführung eines Reparatur-Bons, mit dem man einen Zuschuss für die Reparatur eines Gerätes erhält, wie z.B. in Wien
- Die Stadt Köln soll den Bürgerinnen und Bürgern gebündelte Informationen darüber bieten, wie und wo man Ressourcen schonen kann (Auflistung der Second-Hand-Läden, Repair-Cafes etc.)

Verbesserung der Luftqualität und des Lärmschutzes

Im September 2021 hat die WHO ihre Luftqualitätsleitlinien an den aktuellen Stand der Wissenschaft angepasst und ihre Grenzwerteempfehlungen drastisch abgesenkt. Mit deren Einhaltung können laut Europäischer Umweltagentur in Deutschland jedes Jahr

28.900 vorzeitige Todesfälle durch Feinstaubbelastung und 10.000 aufgrund der Luftverschmutzung mit Stickstoffdioxid verhindert werden.

Die Linke Köln

- fordert die Einhaltung der Grenzwerteempfehlungen der WHO
- spricht sich ausdrücklich für eine Verkehrswende aus. Wir wollen den Verkehr in Köln anders organisieren. Eine einfache Antriebswende reicht uns nicht. Wir wollen den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Güter auf die Schiene bringen und mehr Platz in der Stadt durch eine Verringerung des Individualverkehrs.
- spricht sich auch für den Masterplan Grün aus, in dem es u.a. heißt: „*Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel, der Grünzüge sowie der Komplettierung der grünen Strukturen in Köln und einer damit einhergehenden Verbesserung des Stadtklimas, sowie der Aufenthalts- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.*“

Die Linke Köln unterstützt alle Initiativen, die die Verhinderung des Autobahnausbaus der A4 im Süden Kölns zum Ziel haben, und die entsprechende Bundestagspetition des NABU zur Bundesverkehrswegeplanung. Dieser Ausbau geht zu Lasten des links- und rechtsrheinischen Grüngürtels. Von dem Ausbau sind das Gremberger Wäldchen, Landschaftsschutzgebiete und Biotopverbundflächen betroffen. Ausgebaute Autobahnen schaffen zusätzlichen Verkehr, der zusätzlichen Lärm und Feinstaub durch Abgase und Reifenabrieb mit sich bringt.

Die Linke. Köln fordert

- den Stopp des Autobahnausbaus der A4

Die Kölner LINKE setzt sich für Lärmschutz ein, da Lärm gesundheitsgefährdend ist, vor allem in den Nachtstunden. Der Lärmschutz im Umfeld des Flughafens Köln/Bonn muss real (nicht nur rechnerisch) verbessert werden.

Die Linke. Köln fordert

- ein generelles Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn, denn Gesundheit hat Vorrang vor – eventuell sogar nur vorgeschobenen – wirtschaftlichen Überlegungen.

8. Gesunde Veedel für alle

Für Die Linke hat es einen hohen Stellenwert, alle Menschen gleichberechtigt an Gesundheitsleistungen teilhaben zu lassen – egal, ob arm oder reich, jung oder alt, gesund oder krank.

Alle drei Standorte der Städtischen Kliniken erhalten

Die Linke fordert von der Stadt, eine gute kommunale Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten. Wir fordern daher neben der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel die Städtischen Kliniken als Bürger*innenkrankenhäuser an allen drei Standorten zu erhalten.

- Erhalt aller Standorte (Riehl, Holweide und Merheim) der Städtischen Kliniken
- Sanierung der Städtischen Kliniken und ein zusätzliches Investitionsprogramm
- Notdienstpraxen auch an den Standorten Holweide und Merheim, darüber hinaus mindestens eine Einrichtung pro Bezirk
- Keine Auslagerung von Beschäftigung in Tochterfirmen
- Rückholung der privatisierten Reinigung
- tarifliche Bezahlung aller Beschäftigten gemäß ihrer beruflichen Tätigkeit, die Abschaffung von befristeten Verträgen bei Nachbesetzung erforderlicher Stellen, die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten und eine gute praktische Betreuung
- Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Krankenhäusern
- Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege und allen anderen Klinikbereichen, um eine Überlastung der Beschäftigten entgegenzuwirken
- Mittelfristige Rekommunalisierung

Gesundheit für arme Menschen

Arme Menschen erkranken häufiger als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dazu tragen auch die ungesunden Lebensumstände in benachteiligten Wohnvierteln bei.

- Umwelt- und Gesundheitsbelastungen wie verkehrsreiche Straßen müssen soweit wie möglich reduziert werden.
- Benachteiligte Stadtteile müssen durch mehr Grünflächen, Entsiegelung, Trinkwasserbrunnen etc. aufgewertet werden.
- Der anonyme Krankenschein für Menschen ohne Krankenversicherung muss weiterfinanziert werden.

Gesundheit für Kinder und Jugendliche

Kinder haben ein Recht auf bestmögliche medizinische Betreuung und Prävention, auch wenn ihre Eltern das nicht wahrnehmen können oder wollen.

- Ausbau von medizinischen Präventionsangeboten an Kitas und Schulen, v. a. im Bereich Zahngesundheit, gesunde Ernährung, Sport, Essstörungen und selbstverletzendes Verhalten sowie Sexualpädagogik und der Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten.
- Ausbau von aufsuchenden Hilfen für junge Menschen mit psychischen Erkrankungen und eine Erweiterung der Kinderpsychiatrie in Holweide, die immer wieder hoffnungslos überfüllt ist.

Gesundheit und Pflege für alte Menschen

Für alte Menschen, die nicht mehr selbstständig leben wollen oder können, müssen ausreichend Pflegeplätze in Seniorenheimen in Köln angeboten werden. Das soll bevorzugt beim städtischen Unternehmen Sozial Betriebe Köln (SBK) geschehen.

- Zusätzliche Flächen für die SBK von der Stadt
- Bestand an günstigen Werkswohnungen der SBK ausbauen
- Wohnheim für Auszubildende in der Altenpflege
- Haushaltsnahe Dienstleistungen wie einkaufen und putzen müssen auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel erschwinglich sein. Dies könnte über ein neu zu gründendes städtisches Unternehmen passieren, das einen Sozialtarif anbietet.
- Gute Arbeitsbedingungen auch in allen Bereichen der Altenpflege

Gesundheit für psychisch kranke Menschen

Für alle bestehenden sozialpsychiatrischen Zentren ist eine bessere Ausstattung mit Personal und Sachmitteln erforderlich.

- Für alle bestehenden sozialpsychiatrischen Zentren ist eine bessere Ausstattung mit Personal und Sachmitteln erforderlich.
- Ausweitung von Plätzen für ambulant betreutes Wohnen
- Quotierung bei der Vermietung von öffentlich geförderten Wohnungen an Menschen mit psychischer Erkrankung
- Zugangsbarrieren und Informationsdefizite für arme Menschen und Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind durch interkulturelle Öffnung und offensive Aufklärung abzubauen
- In der Traumatherapie fehlen massiv Plätze und muttersprachliche Therapeut*innen, insbesondere für Geflüchtete. Die Stadt muss mehr Angebote finanzieren und

Dolmetscher zur Verfügung stellen, solange der Bedarf an muttersprachlichen Therapeutinnen nicht gedeckt ist.

Gesundheit für Drogengebraucher*innen

Die Linke setzt sich für die Entkriminalisierung von Drogengebraucher*innen ein.

- Der Ratsbeschluss, Modellkommune für die Cannabisabgabe zu werden, muss umgesetzt werden.
- Für die Konsumenten von harten Drogen braucht es bedarfsdeckende Angebote zur Gesundheitsversorgung und -stabilisierung. Dazu gehören Drogenkonsumräume neben dem am Neumarkt auch in Kalk und Mülheim sowie bei Bedarf an weiteren Brennpunkten. Der Stadtteil Mülheim darf hinsichtlich der Drogenhilfe nicht abgehängt werden. Auch hier muss es kurzfristig ein mobiles Angebot geben und mittelfristig ein fester Drogenkonsumraum eingerichtet werden-
- Es müssen genügend Plätze in der psychosozialen Betreuung vorhanden sein, um alle Bedarfe nach einer Methadonbehandlung erfüllen zu können.
- Die Stadt soll ein Drugchecking für Gelegenheitskonsumenten nach Berliner Vorbild einführen.

9. Arbeit und Wirtschaft

Die Kölner Arbeitsagentur verzeichnet steigende Beschäftigung, doch viele Jobs sind schlecht bezahlt. Die Linke fordert einen Mindestlohn von 15 Euro, mehr Tarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen. Stadt und stadteigene Unternehmen sollen neue Arbeitsplätze schaffen und als Vorbild für faire Arbeitsbedingungen als Beispiel auftreten.

Kommunale Unternehmen müssen die Grundversorgung sichern. Dieses Umfassen öffentliche Güter wie Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser, Bädern, Abfallbeseitigung, Mobilität, Wohnungen, Internetverbindungen und Transportlogistik. Sie spielen eine wichtige Rolle bei den Klimazielen der Stadt Köln, dem Wohnungsbau und der Verkehrsinfrastruktur. Die Stadtwerke sollen Investitionen vor Gewinnabführungen priorisieren. Soziale Tarife, z. B. für Köln-Pass-Inhaber, sollen ausgeweitet werden. Die Kölner Stadtwerke nutzen die steuerliche Quersubventionierung, um Verluste insbesondere im ÖPNV und den Bädern auszugleichen und in den Stadthaushalt Gewinne abzuführen. Angesichts der Herausforderungen durch Wohnungsnot, Energie- und Verkehrswende sagt Die Linke: Zukunftsinvestitionen müssen Vorrang vor Gewinnabführungen an den Stadthaushalt haben. Gemeinsam stehen wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten, Gewerkschaften und Betriebsräten, um uns in Köln für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Dazu zählen ebenfalls die Arbeitszeitverkürzung und dem Verbot der Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen.

Die kommunalen Unternehmen stehen vor neuen großen Herausforderungen:

- Energiewende, Ausbau des ÖPNV, Ausbau der E-Mobilität und die notwendige Infrastruktur, Schaffung von preiswertem Wohnraum
- Ausbau der Zusammenarbeit in der Region, um die Ressourcen zu bündeln und effektiv zu nutzen
- Die Entwicklung einer klimagerechten Smart City nicht den Profitinteressen privater Großkonzernen überlassen
- Zusammenwirken und Vernetzung der Stadtwerke-Unternehmen in einer wachsenden Metropole mit neuen öffentlichen Leistungen.
- Schutz der vielen persönlichen Verbraucherdaten in kommunaler Hand.

Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören auch die Städtischen Kliniken. Die Krankenhausfinanzierung ist Landesaufgabe. Mit hohen Landeszuschüssen muss die kommunale Krankenhausversorgung modernisiert und in Stand gesetzt werden.

Die Stadt Köln ist der größte Arbeitgeber vor Ort, hat aber Personalmangel, insbesondere in Bauverwaltung, Pflege und Kindergärten. Die Linke fordert mehr Ausbildungsplätze und feste Stellen. Langzeitarbeitslose sollen durch tariflich bezahlte Beschäftigungsprogramme unterstützt werden. Lebenslanges Lernen und die Weiterbildung der Beschäftigten

müssen gefördert werden, damit sie bei Digitalisierung und Strukturwandel nicht abgehängt werden.

Die Linke fordert mehr feste Stellen und mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt und Ihren Unternehmen:

- Ausbildungsquote von 10 Prozent bei der Stadt und den kommunalen Unternehmen!
- Neueinstellungen zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Bauverwaltung und zum Ausbau der sozialen Infrastruktur mit Schwerpunkt auf benachteiligten Stadtteilen.
- Unterstützung der Gewerkschaften ver.di und GEW bei der Umwandlung freiberuflicher Dozent*innenstellen bei der VHS in feste Stellen nach dem Vorbild der Rheinischen Musik schule!
- Keine Ausgründungen und Privatisierungen bei der Stadtverwaltung und Unternehmen mit kommunaler Beteiligung wie den Kliniken oder dem Flughafen!
- Kommunale Beschäftigungsprogramme für Langzeiterwerbslose müssen ausgebaut, mindestens tariflich bezahlt, und ohne Sanktionsdrohungen besetzt werden. Das Kölner JobCenter soll mehr als 16 Stellen anbieten.

Industrielle Arbeitsplätze sollen durch sozial-ökologischen Umbau gesichert werden. Die Förderung von Gewerbe muss auf nachhaltige und tariflich geschützte Arbeitsplätze ausgerichtet sein. Bildungsangebote für lebenslanges Lernen und Weiterbildung sollen ausgebaut werden, um den Strukturwandel zu bewältigen.

Soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wie z.B. die Einhaltung von Tarifverträgen und Umweltstandards müssen ausgebaut und wirksam kontrolliert werden. Die Linke unterstützt deshalb den Ausbau solcher Bildungsangebote bei der Bundesagentur für Arbeit und unterstützt die Gewerkschaften bei der Absicherung eines Rechts auf Weiterbildung in Tarifverträgen. Die Stadt Köln kann und muss zum Ausbau solcher Qualifizierungsangebote beitragen:

- Qualifizierungs- und Umschulungsoffensive von Stadt und Beteiligungsunternehmen bei voller betrieblicher Lohnfortzahlung
- In Kooperation mit Gewerkschaften, der Arbeitsagentur, wichtigen Bildungsträgern wie der Uni und der TH Köln, der VHS und den Kammern soll das Kommunale Bildungsbüro um 60 eine Beratungsstelle für berufliche Weiterbildung und qualifizierte betriebliche Mitbestimmung erweitert werden.
- Berufskollegs brauchen eine moderne Ausstattung und gute Räume, die VHS darf nicht länger kaputtgespart werden!

Der Einzelhandel im Veedel muss gegen Online-Handel und hohe Mieten geschützt werden. Die Linke unterstützt die Begrenzung von Sonntagsöffnungen und fordert eine Mietpreisbremse für Gewerbemieten. Die Corona-Pandemie hat Arbeitslosigkeit und

Kurzarbeit erhöht. Die wirtschaftliche Förderung nach der Krise muss auf gute, tariflich geschützte Arbeit abzielen.

Wir fordern:

- Kein Neustart mit Niedriglöhnen, sondern: Ausrichtung der Kölner Förderung und der Fördermittel von Bund und Land Bundesmittel auf regionale Wertschöpfungsketten, Stärkung der industriellen Wertschöpfungsbasis, Nachhaltigkeit und gute Arbeit zu tariflichen Bedingungen. Schon vor Corona hatten wir auf die in der Stadtgesellschaft gern übersehene Massenarbeitslosigkeit und auf Strukturprobleme hingewiesen. Doch bei Karstadt/Kaufhof müssen wir erleben, wie Corona als Deckmäntelchen für Stellenabbau in großen Konzernen eingesetzt wird. Die Linke steht an der Seite der Beschäftigten. Wir fordern:
- Konzerne müssen sich auch ihrer sozialen Verantwortung stellen und diese nicht auf die Beschäftigten abwälzen!
- 10 Prozent Ausbildungsquote bei der Stadt Köln und kommunalen Unternehmen
- Förderung von Ausbildungsverbünden von Unternehmen und Ermöglichung überbetrieblicher Berufsausbildung in Kooperation von Stadt, kommunalen Unternehmen und Arbeitsagentur.

10. Kinder- und Jugendpolitik

In Köln leben 176.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 106.000 einen Migrationshintergrund. 35.000, rund 20 Prozent, beziehen Leistungen nach dem SGB II (Bürgergeld).

Jugendliche haben zumeist kein Wahlrecht, sind demographisch in der Minderheit und verfügen über weniger finanzielle Mittel als Erwachsene. Daher gilt ihnen besondere Aufmerksamkeit. Um die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen in Köln zu stärken, ist es wichtig, sie mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten bzw. Angebote der Beteiligung zu schaffen und mit genug finanziellen Ressourcen zu hinterlegen. Gerade für junge Menschen sind nichtkommerzielle Angebote von großer Bedeutung.

Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken

Die Linke fordert, die Ausgaben für Jugendarbeit auf x % des Gesamtvolumens der Jugendhilfe zu erhöhen. Diese Mittel fließen in die offene Kinder- und Jugendarbeit, also Jugendzentren, in die Präventionsarbeit, in die internationale Jugendarbeit und in die Demokratieförderung sowie weiterer Angebote für junge Menschen bis 27 Jahre. Das sind Investitionen in die Zukunft und in eine solidarische Gesellschaft, für die Die Linke steht.

Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen muss die Jugendsozialarbeit ausgebaut werden. Kostenlose Hausaufgabenhilfe und Berufsberatung für Jugendliche sind hier wichtige Bausteine.

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Freiräume ohne Kontrolle. Das Autonome Zentrum (AZ) ist dauerhaft zu sichern.

Jugendhilfe

Alle Kinder und Jugendlichen sollen gleichermaßen von der Jugendhilfe profitieren. Das bedeutet, dass unbegleitete minderjährige Ausländer nicht in gesonderten Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, sondern gemeinsam mit ihren deutschen oder schon länger in Deutschland lebenden Altersgenossen. Keine Standardabsenkungen für geflüchtete Jugendliche. Beteiligungsformate besonders für diese Zielgruppe sind zu errichten.

Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Wer Anspruch auf Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes hat, soll bei der Antragstellung unterstützt werden. Sport-, Kultur- und Freizeitangebote von städtischen Einrichtungen (u. a. Rheinische Musikschule, VHS und städtische Bäder) müssen für Leistungsberechtigte zum Preis des Monatsbeitrags aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (10 Euro im Monat) zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt muss den Etat für die Unterstützung kostengünstiger Angebote von Ferienfreizeiten für benachteiligte Kinder erhöhen.

Streetwork stärken

Die städtischen Streetworker*innen sollen kontinuierlich in einem bestimmten Stadtviertel arbeiten können, um von den Jugendlichen dort als Vertrauensperson anerkannt zu werden. Sie sollen sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe der pädagogischen Intervention bei Jugendlichen konzentrieren und dürfen nicht zur Befriedung von Hotspots „verheizt“ werden, an denen hauptsächlich Erwachsene aus der Drogen- oder Partyszene für Probleme sorgen.

Sozialarbeit für Familien

Die Beschäftigten des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) brauchen mehr Personal, damit sie ihre verantwortungsvolle Aufgabe gut meistern.

Die frühen Hilfen für junge und benachteiligte Schwangere müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Insbesondere die Willkommensbesuche müssen professionalisiert, die dort geleistete ehrenamtliche Arbeit in weniger sensiblen Bereichen eingesetzt werden.

Kinder- und Jugendliche in Zeiten einer Pandemie unterstützen

Jugendzentren und Jugendberatungsstellen müssen in die Lage versetzt werden, online-Angebote anzubieten und ihre Angebote flexibel und mobil, auch im Freien, auszubauen. Dazu müssen auch Jugendliche aus armen Familien in die Lage versetzt werden, das Internet nutzen zu können. Sie brauchen Zugang zu Laptops oder Tablets.

Auch sonstige "informelle" Treffpunkte in der Stadt entfallen für Jugendliche in der Zeit einer Pandemie. Es müssen für sie im Freien öffentliche Treffpunkte zugänglich gehalten werden.

Unter der durch das Virus erzwungenen Isolation leiden besonders diejenigen Eltern, die geringe Einkommen, kleine Wohnungen, prekäre Arbeitsverhältnisse haben. Sie und ihre Kinder brauchen Unterstützung. Das Jugendamt muss dafür mehr Sozialarbeiter*innen, insbesondere für sozial benachteiligte Stadtteile, beschäftigen.

Sozialarbeit für Familien

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) des Jugendamtes braucht deutlich mehr Sozialarbeiter*innen, damit diese ihre Aufgaben verantwortungsvoll und gut meistern können. Die Linke unterstützt die Jugendamtsbewegung in Köln und fordert mehr Personal in diesem Bereich, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

11. Bildung für alle, solidarisch, gebührenfrei

An Kitas und Schulen gibt es zu wenig Personal. Gruppen und Klassen sind zu groß. Einzelne Kinder können nicht genügend gefördert werden. Ferner zeigt sich auch hier die soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Schüler aus ärmeren, nicht-akademischen Familien haben geringere Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse. Sie besuchen seltener eine Kita.

Die Linke möchte, dass Kinder aller sozialen Gruppen gemeinsam gute öffentliche Kitas und die "Eine Schule für alle" besuchen können. Die Bildungschancen sollen für alle Schichten gleich sein. Kinder und Jugendliche sollen in kleineren Gruppen individuell gefördert werden. Mehr Fachpersonal, Lernmaterialien, Räume werden gebraucht. Kinder sollen gut gebildete, selbstbewusste, emanzipierte und demokratisch aktive Menschen werden.

Im Kommunalwahlprogramm sind im Schwerpunkt "Soziale Gerechtigkeit in Kitas und Schulen" Forderungen zu folgenden vier Bereichen nachzulesen:

- **Ausbau von städtischen Kitas, mehr Personal gebührenfrei, verlässlich**
Wir wollen u.a. den Mangel an Fachpersonal in den Kitas bekämpfen, Gebühren für Kitabesuche und Essen schrittweise senken und abschaffen, verlässliche Kitazeiten gewähren und ein Ausbauprogramm für 7000 Plätze an städtischen Kitas.
- **Umbauprogramm 2035: 50% + x für Gesamtschulen!**
Das Wahlverhalten von Eltern und Kindern hat sich im letzten Jahrzehnt geändert. An Gesamtschulen gibt es immer noch zu wenig Plätze. An Haupt- und Realschulen werden Plätze nur schwer besetzt. Durch ein Umbauprogramm sollen die Plätze an Gesamtschulen schrittweise gesteigert werden. Über die Hälfte der Plätze soll es 2035 dort geben, sofern die Anmeldezahlen entsprechend mitsteigen.
- **Bessere Lernbedingungen an Grundschulen, weiterführenden Schulen, Berufskollegs**
Unter anderem: Der Offene Ganztag an Grundschulen muss durch mehr Räume und bessere Bezahlung des Personals dort gestärkt werden. Grundschulfamilienzentren sollen ausgebaut werden. Marode Gebäude aller Schulformen sind schneller zu sanieren oder Neubauten zu erstellen. In sozial benachteiligten Stadtteilen muss mit diesen und anderen Maßnahmen begonnen werden.
- **Bau und Sanieren von Gebäuden: Mit mehr Personal geht es schneller**
Die andauernde Personalknappheit in der städtischen Bauabteilung muss entschlossener bekämpft werden. Höhere Gehälter für technisches Fachpersonal sind unumgänglich.

Zusätzlich zu den im Kommunalwahlprogramm aufgeführten Forderungen setzt Die Linke folgende Schwerpunkte bei der Bildung:

Sozialindex: Kitas und Schulen in ärmeren Stadtteilen bevorzugen

In den ärmeren Stadtteilen Kölns gibt es mehr Schulabgänger*innen ohne Abschluss und weniger mit höheren Abschlüssen. Talente gehen der Gesellschaft verloren. Kinder und Jugendliche aus ärmeren und migrantischen Familien brauchen mehr Förderung.

Kitas und Schulen in benachteiligten Stadtteilen müssen bevorzugt mit Personal verschiedener Berufe, Räumen aller Art, Sach- und Lernmaterialien ausgestattet sein. Lehrende arbeiten hier unter erschwerten Bedingungen. Die Personalnot ist hier am größten und muss dementsprechend wirksam bekämpft werden. Die Gehaltszulage des Landes reicht nicht aus:

Der verbesserte Sozialindex des Landes NRW muss Folgen haben: Er muss mit Finanzen für mehr Personal, Lernmaterialien (auch digitale) und Räume ausgestattet werden.

Für je 400 Schüler*innen sind Stellen für Sozialarbeit einzurichten. Mit dem Aufbau von Stellen für Lernpsycholog*innen in den Schulen soll begonnen werden.

Um das Umfeld für das Lernen von Schüler*innen und die Arbeit von Lehrer*innen attraktiver zu machen, müssen die Gebäude von der Stadt schneller saniert und ausgebaut werden. Lehrerarbeitsplätze sind einzurichten, bevorzugt in Ganztagschulen.

Die Stadt Köln baut ihren bestehenden kommunalen Sozialindex aus. Die Geldmittel sind zu erhöhen, Kinderarmut ist im Index stärker zu gewichten. Kitas und Schulen mit vielen Kindern aus ärmeren Familien sowie Einrichtungen der Inklusion werden bevorzugt ausgestattet: mit Sozialarbeiter*innen, Räumen, Sachmitteln.

Schulen sind nach kommunalem Sozialindex in der Schulbauliste höher zu priorisieren, so dass Sanierungen und Neubauten bei ihnen vorgezogen werden.

Die Inklusion: ein Menschenrecht und Teil solidarischen Lernens

Inklusion ist grundlegend für die Entwicklung zu einer solidarischen, toleranten und diskriminierungsfreien Gesellschaft. Die Stadt Köln hat frühzeitig ihren Inklusionsplan entwickelt. Der Elan der frühen Jahre ist aber erlahmt. Die Stadt muss aktiver werden, um die Inklusion zu fördern.

Das Gemeinsame Lernen wird vom Land mit zu wenig Finanzen ausgestattet. Inklusive Schulen brauchen mehr Personal und Räume für ihre zusätzlichen Aufgaben. Sie benötigen Unterstützung zur grundlegenden Umstellung ihrer pädagogischen Konzepte auf individuelles Fördern und entsprechende Gebäude. Mehr Zeitressourcen für multiprofessionelle Teams, mehr Verwaltungsangestellte an Schulen, Sozialarbeiter*innen u.a. sind nötig.

In Köln gibt es nur eine "halbierte Inklusion": Nur wenige, vor allem neue gegründete Gymnasien bieten die Inklusion an. Fast die Hälfte der Kölner Schüler*innen besuchen damit eine weiterführende Schulform, die von vornherein nicht die Erfahrung des inklusiven, solidarischen Lernens anbietet.

Von allen Schulen, auch den Gymnasien, ist einzufordern, dass sie sich am Gemeinsamen Lernen, an der Inklusion beteiligen,

Angesichts der großen Knappheit an Plätzen in der Inklusion sind die Gesamtschulen, die immer inklusiv arbeiten, mit Priorität auszubauen. Dies erhöht die Zahl der Plätze.

Rat und Stadt müssen das Land auffordern, einen Entwicklungsplan für die Inklusion aufzustellen – auch für die Gymnasien – mit dem Ziel, gemeinsames Lernen in den Regelschulen systematisch zu ermöglichen.

Um die Beförderung von Kindern mit Behinderung in der Inklusion auszubauen, muss das Land seine Verordnung ändern. Bis dahin sollte sie von der Stadt großzügig genug ausgelegt werden, sodass alle Kinder ihre gewünschten Regelschulen erreichen können.

Inklusive Schulen sind in der Prioritätenliste für Baumaßnahmen zu bevorzugen; Inklusion ist im Sozialindex zu berücksichtigen, sodass inklusive Schulen bevorzugt Räume, Lernmaterialien, und Ressourcen für eine vielfältige personelle Ausstattung erhalten.

Die Stadt sollte Handlungsempfehlungen des Expert*innenbeirats Inklusion umsetzen, um Förderschulen zu entlasten: Personal, Beratung, Therapiemöglichkeiten in der Inklusion verstärken, durch eine öffentliche Kampagne das öffentliche Klima verbessern.

Übergang Schule – Beruf: Städtische Angebote verbessern

In Köln fehlen wieder Ausbildungsplätze. Im Ausbildungsjahr 2023/24 kamen rechnerisch 102 Bewerber*innen auf 100 Ausbildungsplätze. Noch knapp 1300 junge Menschen waren zum Ende des Berichtsjahres aber noch auf der Suche nach einer Ausbildung.

Für die Abgewiesenen bleibt oft nur der Weg in die Warteschleife des Übergangssystems. Zehntausende befinden sich in NRW in Warteschleifen in Berufskollegs oder bei Trägern, bevor sie eine Ausbildung beginnen können. Dieses System bietet nur für wenige die Chance einer passgenauen Förderung. Das System muss grundlegend reformiert und besser finanziert werden.

Die Berufskollegs der Stadt müssen besser mit sanierten und erweiterten Gebäuden verstehen werden. Die Ausstattung mit digitaler Technik und anderen Lernmaterialien ist so zu modernisieren und verbessern, dass sie zu den Anforderungen der Berufswelt passen.

Das Angebot, die Teile III und IV des Meisterlehrgangs gebührenfrei bereits während der Ausbildung in der Berufskolleg zu absolvieren, macht Berufe im Handwerk attraktiver.

Im Kölner Regionalen Bildungsbüro soll im Rahmen des Übergangssystems Schule-Beruf die Überleitung von den Schulen in Ausbildungsbetriebe ausgeweitet und effektiviert werden. Dafür sind dort mehr Stellen nötig.

Die Ausbildungsquote der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe ist auf 10 Prozent zu erhöhen.

Auszubildende sind in der Regel zu übernehmen, der Anteil von Azubis mit Zuwanderungsgeschichte ist zu erhöhen.

Weiterbildung: Volkshochschule und Rheinische Musikschule

Die Volkshochschule (VHS) ist die größte Einrichtung für Weiterbildung in Köln. Ihre Deutschkurse im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge spielen eine wichtige Rolle für die gesellschaftliche und berufliche Integration von Zugewanderten. Es ist jedoch skandalös, dass die VHS ihre Dozierenden nur als Honorarkräfte beschäftigt. Rund 100 von ihnen arbeiten dabei über viele Jahre dort, in Vollzeit. Sie verdienen meist weniger als die Hälfte von Lehrer*innen an öffentlichen Schulen. Von ihrem Honorar müssen sie private Renten-, Sozial- und Krankenversicherungen finanzieren.

Die Rheinische Musikschule der Stadt Köln (RMS) hat ihre Schülerzahlen seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Der Stadtrat verpflichtet sie dabei auf einen wichtigen sozialen Auftrag. Sie arbeitet an Kitas und Schulen, insbesondere in ärmeren Stadtteilen. Wer einen Köln-Pass besitzt, zahlt die Hälfte der Gebühren. Die Beschäftigten der RMS haben mit ihren Initiativen bereits Honorarerhöhungen und die Festanstellung eines Teils der Musiklehrer*innen erreicht. Dieser Weg muss fortgesetzt werden.

Wir fordern:

- einen festen Anstellungsvertrag für alle Lehrenden der Volkshochschule und der Rheinischen Musikschule, die dies wünschen,
- eine weitere deutliche Erhöhung der Honorare aller Stufen, bei einer Untergrenze von 40 Euro, und dynamische Koppelung an die Tarifierhöhungen; allen arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten die Hälfte der Sozialbeiträge zu erstatten,
- gleiche Regelungen auch für die Beschäftigten des Museumspädagogischen Dienstes; Angleichung ihrer Honorare an die von Köln Tourismus,
- kostenlose Teilnahme für Erwerbslose und Bürgergeld-Beziehende an Veranstaltungen der Volkshochschule, der RMS und des Museumspädagogischen Dienstes,
- dezentralen Ausbau der Angebote der Volkshochschule in den Stadtteilen,
- ein Entwicklungskonzept für die RMS erstellen zu lassen, um ihr Angebot in ganz Köln planvoll auszuweiten, mit Priorität auf die ärmeren Stadtteile.

12. Kunst und Kultur

Kulturelle Angebote prägen die Lebensqualität einer Stadt und sind wesentliche Bestandteile des gesellschaftlichen Austauschs. Die Stadt Köln hat über die Bühnen, Museen und Bibliotheken der Stadt, sowie über die Mitfinanzierung von Kulturprojekten, als finanzielle Stütze der freien Kulturszene und über die Vergabe von Stipendien an Künstler*innen großen Einfluss auf den Rahmen und die Entwicklung kultureller Angebote. Für Die Linke ist klar, dass Kulturpolitik sozial gerecht und für alle Menschen in der Stadt gemacht werden muss, für die Besucher*innen, für die Beschäftigten in den Kultureinrichtungen und für die Künstler*innen.

Kulturangebote sozial gerecht und inklusiv gestalten

Kultureinrichtungen Prozessen der Ökonomisierung zu unterwerfen, widerspricht unserer Vorstellung eines sozial gerechten Kulturangebotes. Zielgruppe von Kultur sollte nicht nur ein zahlungskräftiges Publikum sein. Die Kulturangebote der Stadt Köln müssen auch für armutsbetroffene Menschen erschwinglich sein. Ebenso müssen Kultureinrichtungen inklusive Orte sein, an denen Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung teilhaben können.

Daher fordern wir:

- Freier Eintritt in die Dauerausstellungen der städtischen Museen
- Abbau finanzieller und habitueeller Barrieren in Kultureinrichtungen, Vergünstigungen und freier Eintritte für entsprechende Zielgruppen (z.B. Köln-Pass-Inhaber*innen)
- Barrierefreiheit in allen städtischen Kulturinstitutionen und Weiterentwicklung inklusiver Konzepte
- Barrierefreie Ausstellungsdesigns in den Museen, mehr Führungen für Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigung als bisher

Kulturelle Vielfalt in Kulturstätten

Die Vielfalt der Kölner Stadtgesellschaft muss sich auch in den städtischen Häusern widerspiegeln. Köln hat eine multinationalgeprägte Stadtgesellschaft und viele hochspezialisierte Szenen z.B. in verschiedenen Sparten der „Weltmusik“.

- Stärkere Berücksichtigung migrantischer Musikkulturen in den Programmen der städtischen Bühnen
- Museen, in denen neben Deutsch auch andere Kölner Alltagssprachen wie Englisch, Türkisch, Arabisch, Kölsch etc. verwendet werden

Ein Herz für die Freie Kulturszene

Ca. 10.000 Künstler*innen und Kulturschaffenden gehören in Köln der Freien Szene an und organisiert über 60 % der Kulturveranstaltungen in Köln. Dass nur ca. 5% des städtischen Kulturhaushalts der Freien Szene zugutekommen, wird dem immensen kulturellen und gesellschaftlichen Engagement nicht gerecht. Das Kulturamt als zentraler Partner der Freien Szene muss daher gestärkt werden.

- Kontinuierliche Erhöhung der Fördermittel im Etat des Kulturamts: ausreichende Unterstützung für etablierte und neue Kulturangebote gleichermaßen
- Unbürokratische Ad-hoc-Unterstützung für kleine Projekte
- Engagement gegen unbesetzte Stellen im Kulturamt
- Festlegung von Honoraruntergrenzen muss mit Bereitstellung von Geldern dafür verbunden sein

Machtgefälle abbauen, Machtmissbrauch strukturell vorbeugen

Intendant*innen, Direktor*innen und Dirigent*innen leiten Bühnen, Museen und Orchester oft in Alleinherrschaft. Diese starke Machtkonzentration birgt Risiken. Dem muss entgegengewirkt werden.

- Abbau von Machtkonzentration, die über die künstlerische Expertise hinaus geht
- Strukturelle Vorbeugung von Machtmissbrauch durch Stärkung und Schaffung von gut in die Belegschaft kommunizierten Anlaufstellen für Opfer von Machtmissbrauch
- Bühnenleitung kooperativer gestalten und Idee einer kollektiven Intendanz

Gute Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende

Die Linke sagt prekären Arbeitsbedingungen konsequent den Kampf an! Dabei gilt es zu betonen, dass Künstler*innen, Beschäftigte und Besucher*innen das gemeinsame Interesse an guten Arbeits- und Lebensbedingungen eint.

Wir treten ein für:

- Humane Arbeitsstandards in allen städtischen Kultureinrichtungen: max. 40-Stunden-Woche, Abend- und Wochenendzuschläge, Überstundenausgleich
- Abschaffung der ausbeuterischen Entgeltstufe 1 in allen Kulturbetrieben
- Soziale Standards auch in allen Projekten und Initiativen der freien Szene, die von der Stadt gefördert werden (als Auflage für die Bewilligung der Förderung): Tariflöhne und Mindesthonorare für die Beschäftigten
- Auskömmliche Honorare für freie Mitarbeiter*innen des Museumsdienstes

Kulturbauten

Die Stadt Köln hat bei den Baumaßnahmen für ihre Kultureinrichtungen vielfältige Probleme und startet vielfältige Lösungsversuche mit Generalunternehmern oder öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Aber das Ergebnis ist meist das gleiche: Kostenexplosionen, Terminverzögerungen und mehrere tausend Baumängel, die den Kulturhaushalt nachhaltig belasten. Wesentlicher Grund für Baumisere ist die Privatisierung der kommunalen Bauverwaltung.

- Wiederaufbau der öffentlichen Bauverwaltung
- Schluss mit dem Kaputtsparen
- Erst planen, dann bauen
- Kaufen statt mieten
- den Baukostenetat für die Kulturbauten aus dem Kulturhaushalt ausgliedern

Provenienz und verantwortlicher Umgang mit kulturellem Erbe

Die städtischen Museen müssen ihrer historischen Verantwortung gerecht werden.

- Die Museen müssen ihre eigene Geschichte und die Provenienz ihrer Sammlungen transparent aufarbeiten. Objekte aus Unrechtskontexten müssen restituiert werden
- Das koloniale Erbe im Stadtraum (z. B. Standbilder) muss sichtbar kritisch kommentiert und historisch eingeordnet werden
- Straßennamen von Kolonialverbrechern müssen geändert werden

13. Sport für Alle – Mit starken Vereinen!

Sport hat einen kulturellen Wert und hält gesund. Sport in der Gruppe verbindet, integriert, ermöglicht Teilhabe und Identifikation. Gerade Sport in der Gruppe leistet damit in einer auseinanderfallenden Gesellschaft einen wichtigen Beitrag für Zusammenhalt und verdient mehr Beachtung.

Vereine und ihre Aktiven sind der Schlüssel für gute Angebote. Tausende ehrenamtlich Aktive leisten Tag für Tag einen großartigen Beitrag für einen vielfältigen Sport, der für alle erschwinglich ist. Von der Politik werden sie zu oft alleine gelassen. Nur Lob für Ehrenamtliche reicht nicht aus, es fehlt an finanzieller Unterstützung und guten Rahmenbedingungen für Vereine. Die Linke wird Ehrenamt und Vereine vielfältig besser fördern. Die Vereine sind so zu stärken, dass sie mehr Tätigkeiten auch hauptamtlich bewältigen können. Ehrenamt darf nicht als Lückenfüller für eine schlechte Finanzierung erhalten.

Der selbstorganisierte Sport hat an Bedeutung gewonnen. Deshalb ist die Erleichterung des Zugangs zu städtischen Sportanlagen für vereinsungebundenen Sport wichtig. Die Ermöglichung von sportlicher Betätigung im öffentlichen Raum, etwa in Parkanlagen, auf Plätzen, Wegen, Straßen oder öffentlichen Gewässern muss intensiviert werden. Dazu gehören Integration und Erhalt von frei zugänglichen Sport- und Freizeitflächen in den Wohngebieten und die Verbesserung der Pflege von städtischen Rasen-, Sport und Spielflächen oder Laufstrecken, sowie die Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten für Kinder im Wohnumfeld.

Zu viele Sportanlagen sind in einem maroden Zustand durch Jahrzehnte ohne Investitionen. Wir unterstützen die Idee für mehr Investitionen durch einen neuen „goldenen Plan für den deutschen Sport“ und die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung.

Der Sport hat einen tiefgreifenden Wandel vollzogen. Um unter den veränderten Rahmenbedingungen Sport auch für jene zu ermöglichen, die bisher unterrepräsentiert sind, werden wir den Sport in der Gruppe stärken. Wir unterstützen Vereine und Sportbünde, Kooperationen und innovative Ideen, die es den Vereinen erlauben, gestärkt aus dem Wandel hervorzugehen.

Wir fordern:

- Prioritäten für den Sport setzen
- Stärkere Berücksichtigung des Sports in der Stadtentwicklungspolitik.
- Wiederaufnahme der Planungen und Realisierung des inklusiven Sportparks in Köln-Stammheim.
- Barrierefreiheit bei der Entwicklung der Sportstätten.
- Gruppensportangebote im Freien / Ermöglichung von „Sport im Park“ durch Vereine.

- Konsequente Reglementierung für die Nutzung öffentlicher Flächen durch private, kommerzielle Anbieter. Diese müssen gegenüber der Nutzung durch selbstorganisiert Sporttreibende und klassische Sportvereine zurückstehen.
- Transparente und faire Vergabe der Sportstätten und eine produktive Verzahnung des Schul- und Vereinssports.
- Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für den Spitzen- und Leistungssport, denn Sport lebt auch vom Zuschauen.
- Keine Beteiligung der Stadt Köln an einer Olympia Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region. Die eigentliche olympische Idee befürworten wir ausdrücklich.
- Besondere Förderung der Vereine, die Sportangebote für Kinder und Jugendliche, Menschen mit wenig Geld, Menschen mit Beeinträchtigungen und Geflüchteten anbieten.
- Preise der Kölnbäder GmbH durch ein faires Preissystem ersetzen. Zu Uhrzeiten mit geringerer Auslastung sind kostenlose Tickets an Vereine und ihre ehrenamtlich Aktiven abzugeben.
- Bau mindestens eines neuen Hallenbades
- Verzicht auf Schließung vorhandener Bäder
- Keine Einschränkung mehr der Bäder-Öffnungszeiten.

14. Demokratie, Bürgerrechte und Vielfalt

14.1 Transparenz und Beteiligung

Klüngel und Korruption haben in Köln Tradition, aber damit werden wir uns nicht abfinden. Für Politiker der jeweiligen Mehrheitsbündnisse war und ist Köln ein Selbstbedienungsladen. Die Linke steuert dagegen. Kontrollrechte und Transparenz müssen gestärkt werden. Transparenz ist kein Selbstzweck, sondern eine unverzichtbare Funktionsbedingung von Demokratie.

Kommunale Angebote, Planungen und Leistungen, der Stadt, sowie kommunal getroffene Entscheidungen betreffen uns alle. Ob die Stadt als Ganzes, das Viertel oder die Nachbarschaft - alle, die in Köln leben, müssen deswegen auch die Möglichkeit haben, bei allen sie betreffenden Fragen mitzuentcheiden, mitzugestalten oder mindestens informiert und angehört zu werden. Entsprechende zögerliche Schritte seitens der Verwaltung begleiten wir kritisch und konstruktiv.

Eine wachsende Zahl Menschen in unserer Stadt möchte Entscheidungen nicht mehr dem Rat, den Bezirksvertretungen und der Verwaltung alleine überlassen. Dies hat zur Gründung von zahlreichen Bürgerinitiativen geführt. Dieses positive Engagement der Stadtgesellschaft gilt es zu stärken.

Transparenz schafft erst die notwendige Voraussetzung für eine kontinuierliche Information der Einwohner für eine kompetente Beteiligung an kommunalen Projekten. Die Einwohnerinformation muss daher von einer Holschuld zu einer Bringschuld der Verwaltung entwickelt werden.

Die vom Rat der Stadt Köln verabschiedeten Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung und deren Erweiterungen unterstützt Die Linke ausdrücklich, insbesondere den Ansatz *„Gruppen zur Teilnahme zu bewegen, die erfahrungsgemäß eher selten bei Beteiligungsverfahren mitmachen“*. Jetzt geht es darum, die vielen Beschlüsse auch tatsächlich und nicht nur formal umzusetzen und einen aktiven Prozess in Bewegung zu setzen.

Die Linke setzt sich ein für:

- Rats-Einwohnerbefragungen zu wichtigen Entscheidungen in der Stadt
- Ausbau des unabhängigen Büros für Öffentlichkeitsbeteiligung
- Weiterentwicklung der aufsuchenden, niederschwelligen und dezentralen Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Einführung und Förderung weiterer Formen der direkten Nutzung der vielfältigen Informationsplattformen.
- Fundierte Begründungen bei ablehnenden Stellungnahmen der Verwaltung.

- Transparente Ausschreibungen auch bei wichtigen Personalentscheidungen in der Stadt und bei den städtischen Unternehmen.
- Schaffung einer Kölner Transparenz-Satzung, die über die Möglichkeiten des Informationsfreiheitsgesetz NRW hinausgeht
- Weitestgehender Verzicht auf Gebühren für die Herausgabe von Dokumenten
- Einwohnerdaten in kommunaler Hand und kein Verkauf an Dritte.

14.2 Recht auf eine digitale Stadt

Digitalisierung findet man fast überall. Deutschland und Stadt Köln hinken allerdings der Entwicklung hinterher. Die digitale Stadt muss von allen Menschen genutzt werden können. Das ist Voraussetzung für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und zu digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung.

Die Verbindung zum Internet und zu digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie Elektrizität und fließendes Wasser.

Recht auf digitale Stadt heißt für Die Linke Köln Stärkung der Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten für die Einwohner*innen.

eGovernment und Open Data

Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Einwohner*innen und Unternehmen Entlastung bedeuten.

Für alle leicht zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards auf- und ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen nicht von öffentlichen Dienstleistungen ausgeschlossen werden.

Digitale Infrastruktur

Wir benötigen schnelle Netze und Investitionen in die digitale Infrastruktur. Die letzten Funk-, Breitband- und WLANlücken in Köln müssen dringend geschlossen werden auch in den Fahrzeugen und an den Haltestellen der KVB, und zwar flächendeckend mit Glasfasernetzen und HotSpots der stadteigenen Netcologne GmbH.

Auch Wir werden Orte digitalen Lebens, Lernens und Arbeitens wie Hacker- und Makerspaces, Coworkingspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen ebenso unterstützen und fördern wie Bürgerdatennetze und Freifunk.

Datenschutz und Datensicherheit

Wir fordern Daten-Souveränität und Datenhoheit, in der die Einwohner*innen ihrer eigenen Daten kontrollieren. Einwohner*innen sollen selbst frei entscheiden, welche Daten sie der Stadt unter welchen Bedingungen spenden wollen. Erhobene Daten müssen sicher und anonym verwaltet werden.

In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Gegenstände miteinander vernetzt sind, sind Cyberangriffe allgegenwärtig. Ohne sichere Infrastruktur und Cybersicherheit kann es keine Datensicherheit und Freiheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger*innen und Unternehmen schützen.

Open Source

Um Unabhängigkeit von großen Tech-Konzernen zu sichern, stehen wir für die Selbstverwaltung kommunaler Dienste und Systeme. Während große Tech- Konzerne Codes und erzeugte Daten nicht teilen, fordern wir eine Infrastruktur der Informationen mit offenen Standards, Open Source-Software und Interoperabilität. Software, welche mit öffentlichen Mitteln entsteht, muss frei verfügbar sein – Public Money, Public Code.

Digitalisierung und Bildung

Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Für Wartung und Anwendung braucht es Fachpersonal und Ausbildung.

Digitale Technologie gewinnt laufend mehr Raum im Alltag. Deshalb muss sie Gegenstand von Bildungs- und Lernprozessen sein. Freier Zugang zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit. Offene Bildung durch frei zugängliche Materialien, freie Lizenzen, Open Source, Datenschutz und -sicherheit müssen verstärkt in den Fokus rücken.

Wir benötigen kostenfreie Bildungsangebote für digitale Einsteiger.

Durch die Digitalisierung wird sich die Arbeitswelt grundlegend ändern. Es muss ein lebenslanges Recht auf Fort-, Weiterbildung oder Umschulung geben. Kleine und mittelständische Unternehmen müssen dabei unterstützt werden.

Smart City

Eine echte „Smart City“ vernetzt Mobilität, Versorgung, Entsorgung, Stadtplanung, Verwaltung, Arbeiten, Freizeit und Leben zum Nutzen aller Einwohner*innen. Die Linke Köln befürwortet ein Smart City-Modell, mit einer Digitalisierung nach gesellschaftlichen Bedürfnissen statt nach Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung.

„Smart City“-Projekte, angeschaffte Hard- und Software, erzeugte Systeme und Datenbanken gehören der Stadt und ihren Einwohner*innen und dürfen nur zu deren Nutzen eingesetzt werden.

Wir werden ökologische und soziale Smart City-Projekten vorantreiben, die eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Beteiligung bedeuten und die Umwelt schützen. Senioren, Menschen mit Behinderung und jene mit geringem Einkommen müssen von solchen Projekten profitieren.

Die Linke Köln tritt ein für:

- Schnelles Internet für alle.
- Ausbau des flächendeckenden Breitbandnetzes und Schließung der Funklöcher
- öffentlich freie WLAN-Netze ohne Zugangskontrolle.
- Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentliche und/oder genossenschaftliche Hand.
- Eine digitale Stadt, die niemanden zurücklässt.
- Umfassenden Datenschutz und Datenhoheit für alle Einwohner*innen über ihre Daten.
- Ausweitung echter digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, ohne Hybridverfahren
- Umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte;
- Einführung von Open Source-Software in der Verwaltung, um Unabhängigkeit von Konzernen zu gewährleisten.
- Nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitalen Raum.
- Städtische Förderung von Angeboten für „Open Science“.

14.3 Geschlechtergerechtigkeit

Patriarchale Herrschaftsstrukturen sind in unserer Gesellschaft keineswegs beseitigt.

Eine tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter ist erst dann erreicht, wenn

- es eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an allen relevanten gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen gibt
- Frauen ein Leben in Sicherheit, ohne Femizide und Gewalt führen
- die Lasten der Familienarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von allen Geschlechtern gleichermaßen getragen werden
- Arbeit in typischen Frauenberufen genauso bezahlt wird wie Arbeit in gleichwertigen „Männerberufen“

Frauenprojekte

Prekäre Beschäftigung ist in Frauenprojekten weit verbreitet. Institutionelle Förderung ist in der Regel zu knapp ausgelegt. Teilweise werden Frauenprojekte auch über befristete

Projektförderung finanziert. Die beschäftigten Frauen müssen stattdessen tarif- und qualifikationsgerecht bezahlt werden.

Frauenhäuser und Gewaltschutz

- ein drittes Frauenhaus für Köln, perspektivisch sind 100 Plätze in Frauenhäusern nötig
- keine Tagesatzfinanzierung, sondern institutionelle Förderung für Frauenhäuser
- ausreichend Beratung und psychosoziale Betreuung durch Fachkräfte, die angemessen bezahlt werden müssen
- Antigewalttrainings als wichtiges Mittel der Resozialisierung von Tätern ausbauen
- Fortbildungen bei Mediziner*innen bereitstellen, um Gewaltspuren zu erkennen
- Mehr kostenfreie Angebote an sexualpädagogischen Workshops zur Prävention von Gewalt, insbesondere an Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen
- Steigerung des Sicherheitsgefühls von Frauen durch bessere Beleuchtung, Umgestaltung von Angsträumen, ein größeres ÖPNV-Angebot in der Abend- und Nachtzeit und ein nächtliches Frauentaxi von der Haltestelle zum Wohnort zum KVB-Tarif.

Gleichberechtigte Teilhabe

- Geschlechtergerechtigkeit (gender mainstreaming) und Frauenförderung in der öffentlichen Verwaltung umsetzen
- geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung (gender budgeting), damit die Ausgaben im Städtischen Haushalt Männern und Frauen gleichermaßen zugutekommen.
- Aktiven Werbung für mehr Frauen in die Kommunalpolitik
- Die Stadt Köln soll einen Rahmen dafür schaffen, Aufsichtsräte in Städt. Unternehmen gleichberechtigt zu besetzen
- Frauenförderpläne müssen in allen städtischen Unternehmen verbindlich aufgestellt und umgesetzt werden.

Prostitution

- Bauanträge für neue Bordelle ablehnen
- Kommunale Sexsteuer abschaffen
- Ausstiegsangebote verbessern: Beschäftigungsprogramme und Weiterbildung, auch zum Nachholen eines Schulabschlusses, traumapsychologische Angebote und Sprachkurse

- langfristige Bleibeperspektive für alle Betroffenen, Abschiebestopp und besserer Opferschutz für von Menschenhandel Betroffene
- anonyme Meldestelle für die Opfer von Zwangsprostitution
- Anlauf und Unterstützungsstellen für männliche Prostituierte bedarfsgerecht ausbauen

Sexuelle Selbstbestimmung

- kostenlose Verhütungsmittel für Geringverdienende
- Präventions- und Aufklärungsarbeit zum Thema Zwangsverheiratung und Gewalt „im Namen der Ehre“ sowie Genitalverstümmelung besser ausstatten
- keine sexistische, sexualisierte und frauenverachtende Werbung mehr im Stadtbild

14.4 Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Stadtgesellschaft

In Köln lebten Ende 2023 97.476 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, das sind 9 Prozent der Kölner Bevölkerung. Tatsächlich sind und werden aber weitaus mehr Menschen behindert. Sie haben aus den verschiedensten Gründen keinen Schwerbehindertenausweis beantragt oder ihr Antrag wurde abgelehnt. Erschwerte Bedingungen für die Teilhabe am alltäglichen Leben haben sie aber alle.

Wer ist „behindert“?

Zu den Menschen mit Behinderung zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.

Bei der Teilhabe am alltäglichen Leben behindert zu werden, ist also nicht die notwendige Konsequenz aus Beeinträchtigungen des einzelnen Menschen, sondern sie ist von der Gestaltung der Umwelt abhängig.

Seit März 2009 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention auch in Deutschland. Deutschland hat sich also verpflichtet, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderung ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern.

Die Herstellung von Barrierefreiheit ist eine zentrale Aufgaben der Stadt Köln. Sie muss für Menschen mit Behinderung gleichberechtigten Zugang zur gebauten Umwelt, zu Transportmitteln, zu Information und Kommunikation, sowie zu öffentlichen Einrichtungen

und Diensten gewährleisten. Von der Erfüllung dieser Aufgabe ist die Stadt Köln noch weit entfernt.

Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen

Die Stadt muss durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen das Verständnis für Menschen mit Behinderung erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde fördern.

Von Anfang an mitbedenken

In Köln dürfen keine weiteren Mittel für Ausgrenzung und Barrieren verausgabt werden. Im Sinne eines sogenannten „disability-mainstreaming“ müssen künftige Entscheidungen und Mittelfreigaben von Anfang an unter dem Aspekt einer gleichberechtigten Teilhabe aller Kölner Bürger*innen getroffen werden.

Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum

Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben, zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Tatsächlich werden aber viele Menschen mit Behinderung gezwungen, in Wohnheimen zu leben. Denn bezahlbaren barrierefreien Wohnraum zu finden, ist in Köln fast unmöglich.

Die Forderung „Daheim statt im Heim“ lässt sich nur umzusetzen, wenn die Stadt Köln eine grundlegend andere Wohnungspolitik betreibt.

Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen

Auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist besorgt über die hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen und die hohe Zahl von Menschen mit Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen sowie die geringe Zahl der Übergänge in den offenen Arbeitsmarkt.

Wir fordern

- die Schaffung von zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung, insbesondere in der Stadtverwaltung und in den kommunalen Unternehmen,
- die vermehrte Vergabe städtischer Aufträge an anerkannte Inklusionsbetriebe und
- die schrittweise Abschaffung der Werkstätten für behinderte Menschen.

Eine Schule für Alle

Wir teilen die Sorge des UN-Fachausschusses über die unzureichende Verwirklichung der inklusiven Bildung im gesamten Bildungssystem, die Vorherrschaft von Förderschulen und die verschiedenen Barrieren, auf die Kinder mit Behinderungen und ihre Familien stoßen,

wenn die Kinder in Regelschulen eingeschult werden und dort ihren Abschluss machen wollen.

Um ein inklusives Bildungssystem zu erreichen, muss das segregierte Schulwesen zurückgebaut werden, d.h. die Förderschulen sollen nach und nach geschlossen werden.

Ein wirklich inklusives Bildungssystem lässt sich in einem mehrgliedrigen Schulsystem, das auf Auslese und Konkurrenz fußt, nicht verwirklichen. Im Interesse aller Kinder brauchen wir eine Schule für Alle, also den konsequenten Ausbau von integrierten Gesamtschulen. Um der Aufgabe tatsächlich gerecht werden zu können, müssen sie über ausreichend Personal und geeignete Räume verfügen, ansonsten ist ein inklusiver Unterricht nicht möglich.

Notwendig ist eine großzügigere und unbürokratische Genehmigung von Schulbegleitungen und Schülerspezialverkehr. Behinderte Schüler*innen, die eine inklusive Schule besuchen, sind auf dem Weg zur Schule durch Einrichtung eines Schülerspezialverkehrs ebenso unbürokratisch und selbstverständlich zu unterstützen, wie dies bei Schüler*innen von Förderschulen der Fall ist.

Politische Teilhabe: „Nicht über uns, ohne uns!!“

Menschen mit Behinderung müssen gleichberechtigt mit anderen am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können.

Um dies zu gewährleisten, ist die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Selbsthilfe und Selbstvertretungsorganisationen zu verbessern und ist das Büro der Behindertenbeauftragten durch mehr finanziellen Ressourcen und zusätzliches Personal zu stärken.

Bei allen Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine umfassende Barrierefreiheit zu gewährleisten.

14.5 Gleiche Rechte für LGBTQIA* in Köln. Vielfalt, Solidarität und soziale Sicherheit!

Die Linke steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung nicht nur akzeptiert, sondern respektiert und aktiv fördert. Wir möchten die vollständige rechtliche Gleichstellung queerer Menschen, seien es Lesben, Schwule, Pansexuelle, Bisexuelle, Asexuelle, Transgender, Nongender, Agender, Genderqueere, non-binäre oder intergeschlechtliche Menschen usw.

Noch immer werden queere Menschen jenseits der Heteronormativität diskriminiert, oft mehrfach, etwa gegen queere Migrant*innen. Die Linke Köln steht für eine Verknüpfung sozialer, antirassistischer und queer-feministischer Kämpfe.

Das Selbstbestimmungsgesetz ist nur eine Wegmarke, es bleibt aber noch viel zu tun, insbesondere in der sozialen Sicherung queerer Bürger unserer Stadt.

Die Linke unterstützt daher folgende politischen Ziele:

- Erweiterung des Artikels 3 Absatz 3 Grundgesetz um die Merkmale sexuelle und geschlechtliche Identität
- Reform des Abstammungsrecht zur Anerkennung und Absicherung aller Formen von Regenbogenfamilien
- Arbeitsrechtliche Ungleichbehandlung von queeren Beschäftigten in Tendenz- und Konfessionsbetrieben beenden
- Erhaltung von Fachberatungsstellen
- Unterstützung von Coming-Out Hilfen wie Sensibilisierung, Aufklärung, Notfalltelefone und Beratungsstellen
- Schutz vor Hass und Diskriminierung durch kommunale Organe
- Erhaltung der Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit an Schulen (v.a. SCHLAU) und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vor dem Hintergrund zunehmenden Diskriminierung an unseren Schulen
- Unterstützung für Geflüchtete und queere binationale Paare
- Erhalt der bewährten lesbisch-schwulen Präventionsarbeit im Bereich AIDS durch Institutionen, Vereine und Organisationen.
- Unterstützung älterer und hilfsbedürftiger queerer Menschen

Die Linke Köln engagiert sich in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, die die Belange der Community und unserer daraus abgeleiteten politischen Ziele direkt und unmittelbar in die Arbeit der Gremien und Ämter der Stadt Köln einbringen kann.

14.6 Friedenspolitik konkret: Köln Stadt der Menschenrechte!

Wir nehmen positiv Bezug auf die Deklaration „Wien – Stadt der Menschenrechte“ aus dem Jahr 2014, in der es heißt:

Grundlage ist dabei die Gestaltung der Menschenrechte für alle Bewohnerinnen und Bewohner – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass eine solche Politik für Köln gemeinsam mit allen demokratischen Kräften entwickelt wird.

Menschenrechte sind universal

Zusammen mit der städtischen Zivilgesellschaft entwickelt DIE LINKE eine internationale Kommunalpolitik, in der Friedenspolitik in Verbindung mit Menschenrechten im Mittelpunkt steht.

Die Stadt Köln muss in allen ihren Zuständigkeitsbereichen danach streben, die Menschenrechte, die für alle Menschen gleichermaßen gelten, zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen. Die Stadt muss ihre Bewohner*innen aktiv bei der Durchsetzung und Wahrung ihrer Menschenrechte nach innen und außen durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen unterstützen. Grundlage dafür ist die Geltung der Menschenrechte für alle Menschen, unabhängig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus.

Das Asylrecht muss in Köln konsequent und diskriminierungsfrei umgesetzt werden. Die Stadt ist gehalten, sich auch nach außen gegen unterschiedliche Behandlungen zu wehren und dafür Sorge zu tragen, dass Diskriminierungen jeder Art, wie zum Beispiel Bezahlkarten oder Sachleistungen, nicht zugelassen werden. Vielmehr sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die zu einer schnellen Integration führen, um Stigmatisierungen zu vermeiden: Je früher Menschen die Sprache lernen und in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden, desto besser kann eine Integration erfolgen. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, Geflüchtete in Köln bestmöglich zu integrieren, z.B. durch den Erhalt der Koordinierungsstellen für ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingsarbeit.

Städtepartnerschaften

Die 23 Kölner Städtepartnerschaften bieten neben den offiziellen Kontakten von Rat und Verwaltung besondere Chancen, durch persönlichen Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu Frieden und Völkerverständigung beizutragen. Dabei wird Beratung und gemeinsames Handeln in vielfältigen Bereichen (Wirtschaft, Soziales, Kultur, Sport, Kirchen) sowie bei Begegnungen von Schüler*innen- und Studierendengruppen praktiziert. Hierzu leisten die Partnerschaftsvereine einen wesentlichen Beitrag. Daraus ergeben sich Freundschaften weit über Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg. Diese sind bei den zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen besonders wichtig, weil Menschen, die sich kennen und Freundschaften geschlossen haben, sich nicht als Feinde betrachten. Die einzelnen Menschen und die Städtepartnerschaftsvereine sind aber in der Lage, aus der Zivilgesellschaft heraus für internationale Friedensbeziehungen und -verhandlungen einzutreten und in sozialen Belangen Unterstützung zu bieten. Deshalb wollen wir sie gerade in Zeiten eskalierender Kriege verstärkt ausbauen, unterstützen und fördern. Die Partnerschaften dürfen nicht „auf Eis gelegt werden“ oder „ruhen“, wie es leider teilweise mit Wolgograd geschehen ist. Hierfür setzt sich DIE LINKE im Stadtrat sowie in den Städtepartnerschaftsvereinen ein. Seit August 2024 ist die ukrainische Stadt Dnipro offizielle Partnerstadt, zu der bereits seit Juni 2022 eine Projektpartnerschaft bestand. DIE LINKE unterstützt auch diese neue Partnerschaft, bei der die humanitäre Hilfe im Vordergrund steht.

Auch die Menschen in den beiden Partnerstädten Bethlehem und Tel Aviv leiden derzeit unter den mörderischen Kriegen in ihrer Region und brauchen besondere Unterstützung in ihren schrecklichen Notlagen. Wir wollen allen Opfern und Leidenden dieses gewaltsamen Konflikts beispielsweise mit Hilfslieferungen zur Seite stehen, anstatt eine Seite mit Waffen zum fortgesetzten Töten zu unterstützen. Dies sollte auch durch äußere Zeichen zum Ausdruck gebracht werden: Wir plädieren dafür, die Flaggen aller betroffenen Partnerstädte vor dem Rathaus zu hissen.

Die internationalen zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Köln und den Partnerstädten sollten nicht nur an bestimmten Tagen sichtbar gemacht werden, wie z.B. durch ein Wegekreuz, das die Entfernungen und Richtungen zu allen Partnerstätten zeigt. Es könnte dauerhaft als fest installierter Hinweis auf die Städtepartnerschaftsbeziehungen an einem zentralen Platz im Zentrum aufgestellt werden, wie beispielsweise die Städtepartnerschaftsbanner zwischen den Flughafenterminals 1 und 2 in Wahn. Diese sollen dann aber grundsätzlich alle als Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen sichtbar bleiben, auch und gerade in Zeiten von kriegesischen Konflikten.

DIE LINKE unterstützt zudem einen intensiveren Austausch der Mayors for Peace. Diese Vereinigung von Bürgermeister*innen der ganzen Welt, zu der auch Köln gehört, setzt sich für atomare Abrüstung ein.

Die Linke unterstützt die angestrebte Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Köln mit der Stadt Qamishlo in der autonomen Administration Nord-Ost Syriens und wird sich dafür einsetzen, dass diese Städtepartnerschaft durch zivilgesellschaftliches Engagement mit Leben gefüllt wird.

Solidarische Städte

Im Jahr 2016 gründete sich das europäische Städt Netzwerk „Solidarity Cities“ im Rahmen des Eurocities-Netzwerks. Es ist ein offizielles Bündnis von Stadtregierungen für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Berlin, Leipzig und München sind mittlerweile die deutschen Mitglieder in diesem Netzwerk. Darüber hinaus gibt es in vielen anderen Städten lokale Organisationen, die sich für Geflüchtete einsetzen, so auch in Köln. Diese Bündnisse gründeten 2017 das alternative Städt Netzwerk mit ähnlich klingendem Namen „Solidarity City“ aus Protest gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung.

DIE LINKE wird mit den lokalen Bündnissen in Austausch treten, um die Ziele voranzutreiben.

Die zentralen Ziele der unabhängigen zivilen Bündnisse sind:

- Es soll niemand aus der Stadt abgeschoben werden, in der er oder sie gerade lebt. Wer in der Stadt leben möchte, soll auch das Recht dazu erhalten.
- Niemand soll z.B. bei Polizeikontrollen nach seinen Aufenthaltspapieren gefragt werden. Als Zielvorstellung soll jeder, der in der Stadt wohnt, einen städtischen

Ausweis bekommen und sich damit ausweisen können, wie es z.B. in Zürich 2018 umgesetzt wurde (www.zuericitycard.ch).

- Angstfreier Zugang zu Behörden und Teilhabe in sämtlichen Einrichtungen der Stadt, ohne Angst, aufgrund des Aufenthaltsstatus benachteiligt zu werden

DIE LINKE Köln setzt sich dafür ein, die Ziele im Rahmen der juristischen Spielräume und Grenzen möglichst weitgehend umzusetzen. Wir werden uns auf politischer Ebene für eine Mitgliedschaft in dem offiziellen Netzwerk Solidarity Cities einsetzen.

Nachhaltige Entwicklung

Die Stadt sieht ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, wie sie in der Agenda 2030 formuliert sind. Im Ziel 11 wird unter „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ gefordert, „den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherzustellen“. Dies unterstützen wir ausdrücklich im Rahmen unseres Schwerpunktes Wohnen.

Gleiches gilt für die Mobilität: „den Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.“

DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, diese Forderungen in Köln umzusetzen und im Austausch mit den Partnerstädten gemeinsam voranzutreiben.

15. Städtische Finanzen: Statt Kürzungen – Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen!

Die Erträge der Stadt halten mit den Aufwendungen nicht Schritt. In den nächsten fünf Jahren werden bei Ausgaben von 6,3 bis 6,8 Mrd. Euro jeweils Defizite von 350 bis 450 Mio. Euro erwartet. Die Stadt wird sich in dieser Schieflage mit Kassenkrediten über Wasser halten. Sie steigen – so die Prognose – von 910,6 Millionen im Jahr 2023 auf über 4 Milliarden in 2029.

Die derzeitige Finanzlage ist dramatisch. Aber in den letzten fünfzehn Jahren lag der Kölner Haushalt eher im Minus als im Plus. Dabei geht es Köln noch besser als vielen anderen Städten und Gemeinden, denn die Kommunen in NRW sind chronisch unterfinanziert. An dieser generellen Schieflage können sie aus eigener Kraft nichts ändern, denn ein Großteil ihrer Ausgaben und auch ihrer Einnahmen sind durch Bundes- und Landesgesetze festgelegt.

Doch das Land NRW lässt die Städte und Gemeinden im Regen stehen:

- Der Bund hatte den Ländern in Aussicht gestellt, sich an einer Altschuldenhilfe für die Kommunen zu beteiligen. Die NRW-Landesregierung hat die Altschuldenhilfe jedoch so lange verschleppt, die Neuwahl des Bundestages jedem ernsthaften Schritt zuvorkam.
- Die Kommunen erhalten über den kommunalen Finanzausgleich einen Anteil von 23 % an Steuereinnahmen des Landes. Dieser Anteil (Verbundsatz) lag in den 1980er Jahren noch bei 28,5 %. Er muss endlich wieder gesteigert werden – eine Forderung nicht nur der LINKEN, sondern auch der kommunalen Spitzenverbände.
- Statt dringend nötige Finanzmittel zu geben, ermöglichte die Landesregierung kreative Bilanzierungen, mit denen Kommunen ihre finanzielle Schieflage verbergen konnten und einen mehr oder weniger ausgeglichenen Haushalt vortäuschten.
- Den Kommunen werden immer wieder Aufgaben übertragen, ohne sie mit den finanziellen Mittel dafür auszustatten.

Die Antwort der Kölner Ratspolitik: Kürzungen

Der Kölner Rat beschloss mit den Stimmen von CDU, Grünen und Volt [eventuell nach Verabschiedung ergänzen], auf die aktuelle Situation mit Kürzungen zu antworten: Von Fraueninitiativen bis zu Projekten für und mit Geflüchteten, von Bildung über Sport bis zum Sozialbereich werden im Doppelhaushalt 2025/2026 Gelder gestrichen. 93,5 Mio. Euro sollten aus dem Haushalt 2025 gestrichen werden.

Dringend benötigte Investitionen finden nicht statt. Die Kölner Verwaltungsspitze kündigte bereits an, dass eine Vielzahl von Verkehrsprojekten, die in der „Roadmap ÖPNV“ für die nächsten Jahre geplant waren, auf absehbare Zeit nicht umgesetzt werden. Gleichzeitig

strebt sie das Tunnelprojekt auf der Ost-West-Achse an, das solche Maßnahmen endgültig blockieren würde.

Die Modernisierung und der damit einhergehende Umbau der städtischen Unternehmen steht gleichfalls in Gefahr.

Einzigste Ausnahme sind die Schulen. Deren weitere Sanierung und Neubau hat die scheidende Oberbürgermeisterin Reker zu ihrem politischen Aushängeschild erklärt.

Die Antwort der Linken: Einnahmen steigern!

Die Möglichkeiten der Stadt Köln, ihre Einnahmen zu erhöhen, wollen wir ausschöpfen:

- Unternehmen sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen erbringen, da sie von diesen ja auch profitieren. Daher plädieren wir für eine Anhebung der Gewerbesteuer.
- Wir fordern ein schärferes Vorgehen gegen Unternehmen, die versuchen, die Steuer zu umgehen. Die Stadt Köln stellt den Finanzämtern Betriebsprüfer zur Verfügung. Im Schnitt sorgen sie jeweils für Mehreinnahmen von einer Million Euro. Wir wollen ihre Zahl verdoppeln.
- Wir fordern eine besser aufgestellte Stadtverwaltung mit mehr Fachpersonal, um auf teure externe Beauftragungen verzichten zu können. Jährlich gibt die Stadt für Gutachten, Planungen und ähnliche Leistungen um die 30 Mio. Euro aus. Eine Erledigung durch städtisches Fachpersonal würde, je nach Bereich, bis zu 40 % günstiger ausfallen.
- Weitere Einsparungen sind durch den Eigenbau oder den Kauf von Bürogebäuden für die Stadtverwaltung möglich statt der bisherigen teuren Anmietungen.
- Wenn eine städtische Wohnungsbaugesellschaft für bezahlbare Wohnungen sorgt, könnte die Stadt bei den Kosten der Unterkunft sparen.
- Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) lehnen wir weiterhin ab. Bis hin zum Bundesrechnungshof wird inzwischen bestätigt, dass solche Projekte für die öffentliche Hand regelmäßig zu erheblichen Mehrkosten führen.

Die Beschlüsse der Ratsmehrheit zur Grundsteuer lehnen wir ab. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gilt ab 2025 eine neue Berechnungsgrundlage für die Grundsteuer. Die Kölner Finanzverwaltung erwartet Mehreinnahmen von 23 Millionen Euro. Vor allem Wohngrundstücke sind von den Steigerungen betroffen und dies sind Kosten, die auf die Mieter und Mieterinnen umgelegt werden können.

Wir wollen diese Schieflage aufheben: Mit einem getrennten Hebesatz für Wohngrundstücke und Gewerbegrundstücke müssen Mieterinnen und Mieter entlastet werden!

Kürzungen im Sozialbereich, bei der Gesundheitsvorsorge, in den Bereichen Jugend und Senioren, bei Kultur und Sport von öffentlicher Förderung werden wir nicht mittragen. Wir

werden sie öffentlich machen und gegen sie opponieren, zusammen mit Initiativen, Vereinen und Verbänden! Erfahrungen aus früheren Jahren zeigen, dass Widerstand sich auszahlt.

Stand: 23.03.25